



2022

JAHRESBERICHT

2023

PERSPEKTIVEN

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Zahlen und Fakten



195.000.000 €

Etat für 2022



1.571

Mitarbeiter_innen weltweit,
einschließlich der Auslandsbüros



125.252

Teilnehmende an
FES-Veranstaltungen
in Deutschland



104

Auslandsbüros



2.495

Stipendiat_innen



56.000 Lfm.

Archivbestand

18

Standorte
in Deutschland

268

davon ausländische
Stipendiat_innen

1,1 Mio.

Publikationen im
Bibliotheksbestand



32.000

Besucher_innen im Museum
Karl-Marx-Haus in Trier



196

Veröffentlichungen
in Deutschland



1.462.098

Follower_innen der
FES-Social-Media-Kanäle
weltweit

2022

JAHRESBERICHT

2023

PERSPEKTIVEN

Inhalt



VORWORT

05 Vorwort 08 2022 in Bildern

PRESSESPIEGEL

27 Die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
im Spiegel der Presse

ARBEITSBEREICHE

38 Politische Bildung und Beratung
42 Internationale Arbeit
46 Wissenschaftliche Arbeit

49 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

50 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen



PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 11 Der Beginn einer neuen Ära
 - 13 Von breiten und schmalen Schultern – Soziale Gerechtigkeit
 - 16 Demokratieförderung und Politische Bildung
 - 21 Im Mittelpunkt der Mensch – Gewerkschaftsarbeit und die Zukunft der Arbeit
 - 25 Gerechter Klimaschutz
-

ANHANG

- 52 Organisationsplan
 - 54 Jahresabschluss zum 31.12.2021
 - 60 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen
 - 61 Die Gender-Leitlinien der FES
 - 62 Die Nachhaltigkeitsstrategie der FES
 - 63 Mitglieder des Vorstands
 - 64 Mitglieder des Vereins
 - 65 Mitglieder des Kuratoriums
 - 65 Mitglieder des Auswahl Ausschusses der Studienförderung
 - 66 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung
 - 74 Anschriften
 - 76 Impressum
-

Für Soziale Demokratie

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion;
- eine lebendige und starke Demokratie;
- eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle;
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert;
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft: Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

Die FES im Jahr 2022 – Soziale Demokratie im Zeichen der Zeitenwende

Kaum jemand in Europa hatte ihn kommen sehen: den fundamentalen Schock, den Wladimir Putin der Welt zufügte. In der Nacht zum 24. Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und mit ihm ein energiepolitisches Erdbeben, eine geopolitische Zäsur. Bundeskanzler Olaf Scholz fand für das, was viele Menschen empfanden, das treffende Wort: Zeitenwende.

Dabei wollte die Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 damit beginnen, die Nachwirkungen der Pandemie gründlich aufzuarbeiten. Seit Herbst 2021 hatten wir Projekte und Studien konzipiert, die Antworten geben auf die Frage, wie sich die Lasten der kostspieligen Pandemie gerecht schultern lassen. – Uns wurde schnell klar: Mit Putins Krieg geht es ab sofort nicht mehr nur um Geld und Gas. Sondern schlichtweg um die Zukunft Europas.

Schnelle Antworten zu geben ist nicht die wichtigste Aufgabe politischer Stiftungen. Unser Metier sind gereifte Analysen und das Versammeln der richtigen Expertinnen und Experten. Dass wir dennoch in kürzester Zeit gute Inhalte zur Zeitenwende anbieten konnten, verdanken wir nicht zuletzt der enormen Kraftanstrengung der letzten beiden Jahre.

Mit dem vom Vorstand im Jahr 2019 eingeleiteten Prozess »FES100« hatten wir die Friedrich-Ebert-Stiftung rund erneuert: Abteilungen wurden umstrukturiert und fusioniert, neue Arbeitsweisen erprobt, Innovationen getestet und eingeführt. Den Prozess konnten wir planmäßig im Juni letzten Jahres vollenden – mit der Fusion der beiden großen internationalen Abteilungen Internationaler Dialog und Internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Dank neuer Arbeitsweisen konnten wir daher kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine reagieren: Mit der Tiergartenkonferenz, unserem außenpolitischen Flaggschiff-Format, stellten wir das erste große Forum auf die Beine, das Antworten zur Zeitenwende formulierte. Die auf der Konferenz von SPD-Chef Lars Klingbeil geforderte



Martin Schulz
Vorsitzender
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.



Dr. Sabine Fandrych
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

»Führungsrolle Deutschlands« als Garant des Zusammenhalts in Europa machte weltweit Schlagzeilen, waren es doch selbstbewusste Töne, die aufhorchen ließen. Bereits am nächsten Tag begannen FES-Kolleg_innen damit, ein neues umfangreiches Projekt zu konzipieren. Dieses entwickelt nun, im Jahr 2023, Szenarien dazu, wie der Aufbruch in eine Ära aussehen könnte, in der wir alle weiter gut und sicher leben können.

Die Impulse der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik haben wir seitdem kontinuierlich eingespeist in unser Netzwerk aus 104 Büros weltweit. Unsere internationalen Standorte wiederum ermöglichen es uns, die verschiedenen internationalen Perspektiven auf die Zeitenwende in die deutsche Debatte einzubringen. Damit gelingt es der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Diskussionsprozesse zur Neuausrichtung der Außenpolitik inhaltlich zu unterfüttern, nicht zuletzt mit Fokus auf neue wichtige Partnerschaften im globalen Süden. Denn für uns ist klar, dass »Zeitenwende« nicht heißen darf, nur an uns selbst zu denken. Putins Aggression muss vielmehr zur Folge haben, dass wir in Europa enger zusammenrücken und gemeinsam mit Partnern auf der ganzen Welt Frieden, Demokratie und Freiheit noch solidarischer und aktiver verteidigen.

Gesellschaftliche und politische Verunsicherungen bereiten leider einen Nährboden für Akteure, deren Geschäft es ist, Misstrauen und Hass zu säen. Die Pandemiejahre haben gezeigt, wie schnell sich Allianzen formen zwischen denen, die zweifeln, und jenen, die völkische und rechtspopulistische Rezepte propagieren. Die Arbeit für Demokratie

und gegen Rechtsextremismus ist daher für uns ein herausragend wichtiges Feld. Wir sind stolz auf zahlreiche FES-Initiativen gegen Rechtsextremismus. So unterstützen wir seit einem Jahrzehnt Journalist_innen aus ganz Deutschland in der medialen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. »Berichten über Rechts« heißt die erfolgreiche Reihe, die sich zu einem wichtigen Forum entwickelt hat.

Unsere aufwendig überarbeitete multimediale Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« konnte letztes Jahr endlich wieder auf Tour gehen. Sie wird zeitgleich an vielen Schulen und Orten in der gesamten Bundesrepublik gezeigt und gibt Lehrer_innen innovatives Unterrichtsmaterial an die Hand. Mit der Ausstellung schlagen wir den Bogen von Jugendkultur über Geschlechterfragen zu Strategien gegen Rechtspopulismus. Unser Fokus ist, jungen Menschen nicht nur zu zeigen, wogegen sie sein sollten – sondern vor allem auch, wofür wir gemeinsam kämpfen müssen: für unsere starke Demokratie und ein lebendiges Engagement.

Den Druck der Krisen spüren Bürgerinnen und Bürger aller Alters- und Berufsgruppen. Viele wollen daher verstehen, welche Lösungsoptionen zur Verfügung stehen. Unsere 15 Landes- und Regionalbüros bieten dazu eine beeindruckende Fülle an aktuellen Diskussionsforen an, die in Bezug auf die Besucher_innenzahlen oft alle Erwartungen übertrafen. Als Institution der politischen Bildung hat die Stiftung den Vorteil, aktuelle internationale Fragen differenziert und lebensnah vermitteln zu können. Daher steht auch hier die Zeitenwende im Fokus. Aber es geht auch um Themen wie die Zukunft der Pflege, kommunale Klimapolitik, die rasante Inflation oder die Rolle des Staates auf dem Mietmarkt.

Eine positive Erkenntnis ist: Obgleich die Lauten und Hasserfüllten oftmals die Nachrichten dominieren, haben viele Bürger_innen wieder Vertrauen in den Staat gefasst oder ihr Vertrauen bestätigt gesehen. In den Pandemie Jahren war zu erleben, dass der Staat unter komplexen Bedingungen handlungsfähig bleibt. Vielerorts haben sich die staatlichen Institutionen auf den Schutz und die Stärkung des Gemeinwohls (rück)besonnen und sich zum Teil auch gegen Marktinteressen durchgesetzt, indem Ressourcen

nach sozialen Kriterien verteilt und liebgewonnene wirtschaftspolitische Dogmen aufgebrochen wurden. So überrascht es nicht, dass der Tenor bei vielen FES-Debatten ist, dass der Staat künftig eine noch stärkere Rolle als gemeinwohlorientierte Zukunftsagentur wahrnehmen sollte.

Alle globalen FES-Analysen des vergangenen Jahres zeigen, dass das Coronavirus nicht nur Menschen infiziert, sondern komplette Ökonomien gefährdet hat. Die Pandemie machte ganze Bevölkerungsschichten arm – und andere unerhört reich. Für viele Staaten bedeutet das, im permanenten Krisenmodus Milliarden in ihre schwächelnden Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme zu pumpen. Es wird also zweifelsohne teuer, wenn Gesellschaften solidarisch durch die Krisen kommen wollen. Der programmatische Titel unseres Fokusprojekts »Wer zahlt die Zeche? Für eine gerechte Zukunft!« zeigt, worum es uns geht: Wege aufzuzeigen, wie wir die epochalen Umbrüche konstruktiv und friedlich meistern können.

Steuern, Schulden, Investitionen, Inflationsbekämpfung: Seit Anfang 2022 haben wir uns noch intensiver als bisher mit Lösungen für eine gerechte und zukunftsweisende Finanzpolitik beschäftigt. Unsere Impulse, etwa für die Einführung einer Erbschaftssteuer für Vermögende, kommunizieren wir natürlich an Entscheidungsträger_innen. Aber wir sprechen ganz besonders auch junge Menschen an. Deren Zukunft wird, mehr als die der Älteren, von gerechter Finanzpolitik in Krisenzeiten geprägt werden. Leicht verständliche und unterhaltsame Bildungsangebote zur Finanzpolitik sind aber bisher Mangelware in Deutschland. Die FES konnte diese Lücke nun füllen: mit einem finanzpolitischen Kneipen-Quiz, einer Uhr-Installation zu entgangenen Erbschaftssteuern und einem satirischen Selbstanzeige-Portal für Steuersünder_innen – um nur einige der Hingucker aus unserer Fülle niedrigschwelliger Informationsangebote zu nennen.

Insgesamt war das Jahr 2022 ernüchternd, und 2023 lässt deutlich werden, dass es keine schnellen Lösungen gibt. Wir wissen jetzt, dass zahlreiche Krisen unsere Zukunft massiv belasten werden. Aber wir erleben auch, wie sich weltweit Gewerkschafter_innen, Engagierte, Aktivist_innen und Demokrat_innen an die Arbeit machen, sei es mit

»Die Pandemiejahre haben gezeigt, wie schnell sich Allianzen formen zwischen denen, die zweifeln, und jenen, die völkische und rechtspopulistische Rezepte propagieren. Die Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ist daher für uns ein herausragend wichtiges Feld. Wir sind stolz auf zahlreiche FES-Initiativen gegen Rechtsextremismus.«

unserer Toolbox für die kommunale Umsetzung der Transformation, unseren in zahlreichen Bundesländern vorgestellten Klima-Handbüchern für Kommunen oder beim »L7«-Gewerkschaftsdialog, den wir in Begleitung des deutschen G7-Vorsitzes im Mai 2022 in Berlin ausrichteten. Die frisch gewählte DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi konnte hier gemeinsam mit Gewerkschafter_innen aus den G7-Ländern Positionen zu gerechtem Klimawandel, Dekarbonisierung in der Arbeitswelt, Digitalisierung und solidarischem Krisenmanagement abstimmen und so den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber den G7-Ländern Nachdruck verleihen.

Dass die FES auf allen politischen Ebenen präsent ist, moderiert, bildet, zusammenbringt, berät, fördert, analysiert und vernetzt, das verdanken wir unseren engagierten und idealistischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind es, die unsere Stiftung täglich noch ein Stück besser machen. Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei ihnen.

Ihr

Martin Schulz

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

und Ihre

Dr. Sabine Fandrych

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Berlin/Bonn im Mai 2023

2022 in Bildern





PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Der Beginn einer neuen Ära

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist die tiefste Zäsur, die Europa seit der Überwindung des Kalten Krieges erlebt hat. Die neue Ära bringt Krieg, Konfrontation und Systemkonflikte nach Europa, die wir überwunden glaubten. Das zwingt uns, lang gehegte Gewissheiten zu hinterfragen – und zwar in allen Politikfeldern.

Fokusprojekt zur »Zeitenwende«

Das deutsche Wirtschaftsmodell gründet auf der Annahme, dass vertiefte Wirtschaftsbeziehungen zu anhaltendem Frieden führen. Dies steht nun infrage. Die hohen Energiepreise bedrohen den sozialen Zusammenhalt unserer westlichen Gesellschaften. Wie verteilen wir die Kosten? Wie wollen wir künftig mit Autokratien umgehen? Und welche Rolle kann Deutschland dabei spielen?

Mit dem stiftungsweiten Fokusprojekt »Zeitenwende« bietet die FES eine Plattform für diese Debatten und bündelt die vielfältige Expertise der Stiftung für die Suche nach progressiven Ansätzen. Folgende Themenstränge sollen gemeinsam mit Partnerorganisationen bearbeitet werden: eine souveräne Europäische Union als ein attraktives Zentrum der Weltpolitik, die Zukunft des Multilateralismus und der internationalen Ordnung, die Neuformulierung einer deutschen Ostpolitik und die Rolle militärischer Machtmittel in der zukünftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Startpunkt der von der FES geleiteten Debatte war die diesjährige Tiergartenkonferenz unter dem Titel »Zeitenwende – der Beginn einer neuen Ära«. Die starke Botschaft von Deutschlands künftiger Führungsrolle, die der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil zu diesem Anlass mitbrachte, verfehlte nicht ihre globale Wirkung. Die inspirierenden Diskussionen bei der Konferenz provozierten eine beträchtliche Medienresonanz. Damit gelang es der FES, nachhaltig neue Konzepte in den öf-

fentlichen Diskurs einzubringen: Die EU als geopolitische Akteurin, eine neue, konstruktive Führungsrolle für Deutschland, eine realistische Friedenspolitik und die Anerkennung stärkerer Verantwortung für die Bündnispartner in NATO und EU sind als Grundmotive aus der politischen Debatte nun nicht mehr wegzudenken.

Die Politikberatung der Stiftung nimmt auch langfristige Entwicklungen in den Blick. Im Szenarien-Projekt »Deutschland in der internationalen Ordnung 2040« geht es um die Frage, wie die Auswirkungen der Zeitenwende so gestaltet werden können, dass auch künftig Demokratie und Wohlstand in Sicherheit möglich sind. Die Zukunftsentwürfe sollen in der ersten Jahreshälfte 2023 fertiggestellt sein und dann über eine interaktive Webseite und die FES-Landesbüros vorgestellt werden.



Lars Klingbeil setzte bei seiner vielbeachteten Rede zur Zeitenwende bei der FES-Tiergartenkonferenz im Juni 2022 neue Akzente: Nicht nur Sicherheit, Frieden und Freiheit in Europa müssten neu gedacht und bewertet werden. Auch als geopolitischer Akteur müsse Europa mehr Gewicht bekommen.
www.fes.de/iez/tiergartenkonferenz-2022/liveblog

Bei einer Demonstration in München kamen am 15. April, wie an vielen anderen Tagen seit Beginn der Invasion in die Ukraine, tausende Menschen zusammen, um ein Zeichen gegen den Angriffskrieg Russlands zu setzen.

Folgen des Krieges für die internationale Arbeit

12

Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger finden Eingang in die Arbeit der Stiftung zur Zeitenwende. Im Juli führte das Wiener FES-Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit eine Umfrage zur deutschen Außenpolitik durch, um herauszufinden, welcher Wandel sich in der öffentlichen Meinung vollzogen hat. Dabei zeigte sich, dass die Deutschen sich mit großer Mehrheit dafür aussprechen, die Abhängigkeit von autoritären Staaten wie Russland und China zu reduzieren, auch wenn dies mit Wohlstandsverlusten einhergehen sollte. Das New Yorker Stiftungsbüro führte zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut YouGov eine Umfrage in 15 Ländern auf fünf Kontinenten durch. Die Ergebnisse zeigen u. a.: Ein großer Teil der Befragten macht



sich Sorgen über den Zustand der Welt. Und eine selbstbewusste Führungsrolle Deutschlands, inklusive erhöhter Verteidigungsausgaben, wird weitgehend begrüßt.

Der Krieg hat natürlich auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Auslandsarbeit der Stiftung. Das Kiewer Büro musste seine Arbeit vor Ort vorübergehend einschränken. Die Arbeit zu Russland musste nach der erzwungenen Schließung der dortigen Büros sowie der Emigration zahlreicher Vertreter_innen progressiver Partnerorganisationen neu justiert werden. Im Sommer führte die FES einige Aktivitäten insbesondere für im Exil lebende Russinnen und Russen durch. Zentral war die Exilmedienkonferenz in Berlin, bei der Akteur_innen der verbliebenen freien Presse in Russland mit Vertreter_innen europäischer Medien erörterten, wie sie ihre Arbeit aufrechterhalten können. Zivilgesellschaftliche Aktivist_innen aus Russland konnten bei einem Hackathon im Juni Instrumente zur Umgehung von Zensurmaßnahmen erlernen und Methoden zur Vernetzung im Exil entwickeln.

In Osteuropa, insbesondere in Polen, wird die Konfrontation mit Russland anders betrachtet als in Deutschland. Polen hat die längste EU-Außengrenze mit der Ukraine und hat Millionen Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen Russlands in Warschau und Berlin haben in Polen für erhebliche Verstimmungen gesorgt. Einem besseren gegenseitigen Verständnis diene die Expert_innenkonferenz, die das Warschauer FES-Büro gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik und dem polnischen West-Institut im Oktober in Berlin ausrichtete.

Es zeichnet sich ab, dass die Ausgestaltung der neuen Ära Deutschland, Europa und die Welt noch vor große Herausforderungen stellen wird. Durch das Fokusprojekt und eine Vielzahl für 2023 geplanter Aktivitäten im In- und Ausland wird die FES dazu beitragen, die künftige Rolle Deutschlands aktiv zu gestalten.

Von breiten und schmalen Schultern – Soziale Gerechtigkeit

Die Coronapandemie und ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Kosten waren Anlass, ein umfangreiches Fokusprojekt ins Leben zu rufen. Unter dem Titel »Wer zahlt die Zeche? Zukunft gerecht!« geht es um soziale Ungleichheit, ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung und Generationengerechtigkeit. Auch in anderen Arbeitsfeldern bemüht sich die Stiftung kontinuierlich, soziale Gerechtigkeit voranzubringen – in Deutschland, Europa und weltweit.

Fokusprojekt zu gerechter Zukunft

Seit Ende 2021 entwickelt ein Team aus allen FES-Abteilungen im neuen kreativen »Werkraum« der Stiftung Konzepte für eine progressive Finanzpolitik. Im Fokusprojekt »Wer zahlt die Zeche?« werden die Themen Steuern, Schulden, Investitionen und Inflation bearbeitet. Zielgruppen sind neben Entscheidungsträger_innen besonders junge Menschen, denen bewusst gemacht werden soll, dass finanzpolitische Entscheidungen die Weichen für ganze Generationen stellen. Speziell für Jugendliche wurden das Online-Selbsterntool »Mind the Gap« über die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen sowie das App-gestützte Geocaching »Finanzdetektiv_innen« entwickelt. Beide Angebote vermitteln Grundlagen der Finanz- und Fiskalpolitik und fördern

die kritische Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex. Zugleich erfahren die Teilnehmenden, welchen Einfluss die politischen Entscheidungen auf europäischer, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auf ihr eigenes Leben haben.

Das finanzpolitische PubQuiz »Wer zahlt die Zeche?« lässt Teilnehmende in lockerer Atmosphäre als »Finanzminister_in für einen Tag« Fragen beantworten und gibt ihnen geballte Informationen. Erste Quizrunden wurden in Hamburg und Oberhausen gespielt sowie in digitaler Form in Mecklenburg-Vorpommern. In Berlin stellte die FES im November eine Erbschaftssteueruhr auf. Sie zeigt, wie viel Geld der Gemeinschaft durch Steuerschlupflöcher bei Erbschaften und Schenkungen verloren geht, und wird an weiteren Standorten präsentiert werden. Begleitet wird die Installation von einer Webseite mit Erläuterungen.



»Erben verpflichtet!«: Norbert Walter-Borjans und Sabine Fandrych bei der Enthüllung der Erbschaftssteueruhr am 30. November in der Alten Münze in Berlin. Die Erbschaftssteueruhr wurde im Rahmen des Fokusprojekts »Wer zahlt die Zeche?« entwickelt und wird seither an verschiedenen Stationen in Deutschland aufgestellt. www.fes.de/finanzpolitik



In seiner Keynote bei der Veranstaltung »Wenn alles teurer wird: Was tun gegen die hohe Inflation?« im September 2022 betonte Adam Tooze, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University, die historische fiskale Verantwortung, vor der Europa steht.

Unter dem Titel »Wirtschaft weiter denken« stärkt die FES den wirtschaftspolitischen Diskurs jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie. Zentrale Veranstaltung ist der »Tag der Progressiven Wirtschaftspolitik«, den die Stiftung jährlich in Kooperation mit dem DGB, dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung und der Foundation for European Progressive Studies ausrichtet. In zehn Panels debattierten die Teilnehmenden Ende Mai in der FES Berlin und online mit rund 40 Expert_innen über Themen wie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der aktuellen Krisen oder die Finanzierung der Transformation. Im Rahmen des Kongresses wurden der US-amerikanische Philosoph Michael Sandel und die deutsche Journalistin Julia Friedrichs mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

Alles wird teurer – Gegenstrategien zur Inflation

Die Explosion der Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges und die daraus resultierende hohe Inflation gehörten im Jahr 2022 zu den am meisten diskutierten wirtschaftspolitischen Themen. Am 8. September lud die FES in Berlin zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Wenn alles teurer wird: Was tun gegen die hohe Inflation?«. Adam Tooze, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University in New York, hielt einen Vortrag und diskutierte mit Expert_innen über

die ökonomischen und sozialen Folgen der hohen Inflation sowie mögliche Gegenmaßnahmen.

Auch andere Länder kämpfen mit hohen Inflationsraten. In einer Reihe von Länderpapieren analysierte die FES Ursachen, Gegenstrategien und Entlastungsmaßnahmen insbesondere solcher Länder, die bereits weitergehende Maßnahmen als Deutschland ergriffen haben.

Wohnen wird in vielen Gegenden Deutschlands immer teurer. In Hamburg sprachen bei einem Forum im Herbst rund 100 Gäste mit dem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher darüber, wie das Wohnen in der Stadt trotz Inflation bezahlbar bleibt. Dabei wurden Forderungen nach staatlichen Eingriffen in den Mietmarkt laut. Auch in bayerischen Ballungszentren steigen die Wohnkosten unaufhörlich. Mit einer Untersuchung über die Höhe des verbleibenden Haushaltsnettoeinkommens nach Abzug der Warmmiete über den Zeitraum 2008–2023 (Prognose) trägt das Landesbüro Bayern dazu bei, das Problembewusstsein zu schärfen.

Weltweit hat sich die Zahl der kritisch verschuldeten Länder verdreifacht und das Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen scheint in weite Ferne gerückt. Dies thematisierte die FES am 11. Oktober in New York mit EU-Abgeordneten und Entwicklungsexpert_innen. Bei der Diskussion wurde auch kritisiert, dass immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer gezwungen sind, öffentliche Ausgaben für soziale Dienstleistungen und Zukunftsinvestitionen zu kürzen, um ihre Schulden weiter bedienen zu können.

In einer Reihe von Begleitveranstaltungen zum Herbsttreffen von IWF und Weltbank ging es um die Rolle des IWF und multilateraler Entwicklungsbanken in der Entwicklungsfinanzierung. In Berlin organisierte die FES eine Fachtagung zur Schaffung eines geordneten Insolvenzverfahrens für Staaten. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Unabhängigen Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) in Paris diskutierten die renommierten Ökonom_innen Thomas Piketty, Jayati Ghosh und Joseph Stiglitz u.a. darüber, wie multinationale Konzerne, die trotz der Krisen hohe Gewinne verzeichnen, besteuert werden müssen, um entsprechende Mittel freizusetzen.





Soziale Gerechtigkeit statt gesellschaftlicher Spaltung

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges wurden auch in den Bundesländern intensiv diskutiert. »Geht der Demokratie die Energie aus?« fragte das Landesbüro Hessen beim zweiten Demokratieforum in der Frankfurter Paulskirche Ende Oktober. Nach einem Impuls von Gesine Schwan diskutierten Referent_innen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Medien darüber, wie eine größere Spaltung der Gesellschaft und eine Erosion der Demokratie zu verhindern wären. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung des FES-Landesbüros und des Managerkreises im Juni in Hannover bezeichnete der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil die Energieknappheit und den Klimawandel als epochale Herausforderungen. Es dürfe nicht passieren, dass sich Menschen vom Staat alleingelassen fühlen. »Zusammenhalt braucht das Gefühl, dass es in der Gesellschaft gerecht zugeht. Dazu gehört Verteilungsgerechtigkeit: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern.«

Auch die gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit bleibt ein zentrales gesellschaftliches Anliegen. Die Konferenz »Equal Care & Equal Pay« in Kooperation mit UN Women Deutschland und der International Labor Organization mit 170 Teilnehmenden debattierte am 7. September in

Berlin Veränderungsvorschläge. In Videobotschaften betonten Bundeskanzler Olaf Scholz und der Isländische Präsident Guðni Th. Jóhannesson, wie wichtig die gleiche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit für Gesellschaften ist.

Ein leistungsfähiges und faires Bildungssystem ist die Voraussetzung für gerechte Teilhabe und soziale Inklusion. Die Ergebnisse des neuesten IQB-Bildungstrends sind ernüchternd. Sie zeigen, wie die Kompetenzen der Schüler_innen im Lesen, Schreiben, Zuhören und Rechnen sowie die Zufriedenheit mit ihrer Schule abgenommen haben, während die soziale Schere weiter aufgegangen ist. Auf einer Online-Veranstaltung am 8. Oktober wurden die Ergebnisse u. a. mit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und dem Hamburger Bildungsminister Ties Rabe diskutiert.

Allerdings ist Bildung keine Allzweckwaffe, mit der sich alle gesellschaftlichen Probleme bekämpfen ließen. Das schreibt der renommierte Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani in seinem Buch »Mythos Bildung« und moniert, dass ungleiche Startchancen der Kinder im stark gegliederten deutschen Schulsystem nicht ausgeglichen werden. El-Mafaalani war sich bei einer Online-Diskussion des Fritz-Erler-Forums am 24. Oktober mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Baden-Württemberg, Andreas Stoch, einig, dass Bildung nur dann erfolgreich sein kann, wenn Bildungspolitik und -praxis gezielt die soziale Ungleichheit bekämpfen.

Demokratieförderung und Politische Bildung

Die Resilienz der Demokratie in Europa stand dieses Jahr im Fokus des Hambacher Demokratie Dialogs. Martin Schulz unterstrich in seiner Keynote die besondere Bedeutung des Hambacher Festes und schlug einen Bogen zum Zusammenhalt Europas im Angesicht einer sich immer weiter polarisierenden Welt.

16 Während sich die Systemkonkurrenz zu autoritären Systemen zuspitzt, müssen etablierte Demokratien einem Vertrauensverlust in die eigenen Institutionen entgegenwirken, der sich u. a. aus ungleicher demokratischer Partizipation sowie wachsender Ungleichheit speist. Rechtsextreme und antidemokratische Kräfte nutzen die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen als Einfallstor für Angriffe auf die Demokratie. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet kontinuierlich daran, eine lebendige und vielfältige repräsentative Demokratie zu stärken, in der die politische, aber auch die soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe aller Menschen gewährleistet ist.

Mit gebündelten Kräften die Demokratie verteidigen

Hass und Hetze, gezielte Desinformation und Verschwörungserzählungen werden zunehmend zur Bedrohung für die Demokratie – weltweit. Um gezielt gegenzusteuern, hat die FES mit dem Fachteam Demokratie im Jahr 2022 eine neue stiftungsweite Arbeitsstruktur etabliert, die Arbeitslinien bündelt und Synergien nutzbar macht. Dafür kombiniert das Fachteam Perspektiven der internationalen Demokratiewerksarbeit, der politischen Bildung, Beratung und des Dialogs, der empirischen Sozialforschung, der Förderung einer demokratischen Verantwortungselite und der historischen Forschung und erprobt neue Wege der Zusammenarbeit.

Auch die Landes- und Regionalbüros arbeiten für die Stärkung unseres demokratischen Systems. Beim Hambacher Demokratie Dialog diskutierten Teilnehmende aus mehreren Ländern im Juni darüber, wie die Widerstandsfähigkeit der Demokratie in Europa verbessert werden kann. In der Tradition des Hambacher Festes von 1832 bietet das Format, an dem neben dem Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland auch das FES-Büro in Brüssel und das FES-Kompetenzzentrum Demokratie der Zukunft in Wien mitwirken, jedes Jahr ein internationales Forum der Begegnung und des Gedankenaustauschs.

Eine Fachtagung des hessischen Landesbüros am 30. Juni in Hanau fragte: »Wie verteidigen wir unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus?«. Das Fritz-Erler-Forum beleuchtete die Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und »Quer-

denkern« und deren Bedrohungspotenzial für die innere Sicherheit im April in einer Vortragsreihe mit dem Extremismusforscher Stefan Goertz. Bei einer Online-Veranstaltung des Landesbüros Sachsen-Anhalt diskutierten Ende Januar etwa 100 Teilnehmende über Verschwörungsmysmen im Kontext der Pandemie. Mehr als 300 Gäste besuchten die Vortragsreihe »Sächsische Spezialitäten« über den organisierten Neonazismus in Sachsen.

Seit nunmehr zehn Jahren qualifiziert die Reihe »Berichten über Rechts« des FES-Projekts »Gegen Rechtsextremismus« Journalist_innen aus ganz Deutschland in der medialen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Das Jubiläum wurde im Juli mit einem öffentlichen Festakt in Berlin begangen,



bei dem die bekannte Kolumnistin Mely Kiyak eine zugespitzte Festrede hielt, die lebhaft Diskussionen auslöste. Kiyak kritisierte, dass die Gesellschaft Journalist_innen mit Bedrohungen und Einschüchterungen alleine lasse.

Eine hochwertige Medienlandschaft wie auch ein kompetenter Umgang mit Medien sind für den politischen Diskurs und die Demokratie zentral. Die #MedienAkademie22 der Journalist_innen-Akademie thematisierte im November in Berlin die Frage, wie Journalist_innen die weltweiten Dauerkrisen qualitativ hochwertig abbilden können. Der 22. Mitteldeutsche Mediendialog diskutierte im Oktober die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Tenor: Auch wenn einiges schief läuft – die Demokratie braucht einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das Projekt »Filterblasen überwinden« des Landesbüros NRW zusammen mit Partner_innen aus der Nachbarschaftspflege ist aufsuchend angelegt. Die Workshops thematisieren Filterblasen, Fake News und digitalen Nachrichtenkonsum und stärken Medien- und Diskussionskompetenzen.

An zahlreichen Orten schulten die Landes- und Regionalbüros Lehrkräfte und Sozialarbeiter_innen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Vielfältige Materialien wie die Ausstellung »Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen«, die Broschüre »Stellung beziehen gegen Stammtischparolen« der KommunalAkademie Bayern oder der Erklärfilm zu Verschwörungsmäthen der OnlineAkademie bieten praktische Handlungshilfen.

Politische Bildung, die alle erreicht

Die Demokratie ist in Gefahr, wenn sich eine Gesellschaft zunehmend polarisiert. In Berlin arbeitete die Stiftung mit kiezübergreifenden Workshops unter dem Motto »WIR in Berlin – Ideen für unsere Stadt von morgen«, deren Ergebnisse auf einer Konferenz am 11. Mai mit Spitzen der Landespolitik diskutiert wurden. Dabei ging es beispielsweise um kostenfreien Bahn- und Busverkehr, Radspuren an allen Hauptstraßen und Investitionen in bezahlbaren Wohnraum.



Häufig erreicht politische Bildung vor allem Menschen mit hohem Bildungsgrad. Um auch andere Zielgruppen anzusprechen, engagiert sich das Fritz-Erler-Forum im Netzwerk Politische Bildung in Baden-Württemberg für und mit Menschen in prekären Lebenslagen. Auf einer Fachtagung am 19. Mai in Stuttgart artikulierten die Teilnehmenden Bedürfnisse von armen Menschen und forderten mehr aufsuchende politische Bildung.

Beispielhaft wird dies etwa in Thüringen umgesetzt: Mit der neuen Projektlinie »Mobil in Thüringen« erreichte das Erfurter Landesbüro an über zehn Orten mit jeweils bis zu zehn Veranstaltungen bislang mehr als 2.000 Teilnehmende. Ziel ist es, Politikverdrossenheit und dem Erstarken politischer Extreme gerade im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Auch das Schweriner Büro ging auf die Straße: Am 15. September, dem mecklenburgischen Tag der Demokratie, veranschaulichte es mit einem Theaterstück und Graphic Recording den Wert der Demokratie.

Besonders wichtig ist es, junge Menschen für demokratisches Engagement zu gewinnen. Im »Demokratielabor« in Bonn Ende September simulierten Jugendliche demokratische Wahlen und diskutierten ihre Anliegen u. a. mit der Juso-Bundesvorsitzenden Jessica Rosenthal. In regionalen Workshop-Reihen wie »Rettet die Wahlen« oder im Plan-

Das Landesbüro Thüringen geht mit dem Projekt »Mobil in Thüringen« neue Wege und eröffnete mit mobiler Bildungsarbeit Räume für einen inklusiven, generationsübergreifenden Dialog (v.r.n.l.: Wolfgang Höffken, Manuel Urschel, Madeleine Grünwald, Paula Ernst, Marvin Köhlert).



spiel »Kommunalpolitik – Ohne Jugend ist kein Staat zu machen« erprobten Jugendliche bundesweit politische Entscheidungsprozesse und Mitbestimmung. Auf große Resonanz bei in der politischen Bildung Tätigen, Jugendverbänden und Politiker_innen stieß die Wahlanalyse der FES zu den Motiven junger Menschen bei der Bundestagswahl 2021. Die Daten machten deutlich, dass Jungwähler_innen das zentrale Thema Klimawandel eng mit der sozialen Frage verknüpften.

Demokratie bedeutet auch, Gruppen und Personen zu stärken, die im öffentlichen Leben weniger sichtbar oder gefährdet sind. Im Rahmen des Jubiläums »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« nahm die FES jüdische Lebensrealitäten der Gegenwart in den Blick. Im Deutsch-Jüdischen Theater in Berlin hatte am 15. September eine szenische Lesung über die 1919 ermordete Marxistin Rosa Luxemburg Premiere, die den Auftakt zu der Veranstaltungsreihe »Jüdische Denkerinnen« bildete.

Diskriminierungen im Bildungswesen und in der Arbeitswelt und konkrete Gegenstrategien griff die Gesprächsreihe »Crashkurs Anti:Diskriminierung« an wechselnden Orten in Brandenburg auf. Um Vielfalt unter Fußball-Fans

ging es bei der hybriden Veranstaltung »Aware of us?« am 25. Mai in Berlin in Kooperation mit der Kompetenzgruppe »Fankulturen & Sport«.

Frauen stärken für resiliente Gesellschaften

Lebenskrisen, Erschöpfung und Existenzängste durch gesundheitliche, berufliche und finanzielle Einbrüche – Pandemie und Kriegsfolgen treffen Frauen überall auf der Welt in vielerlei Hinsicht besonders hart. In vielen Ländern sind Frauen überproportional im informellen und im Niedriglohnsektor vertreten. Sie werden schlechter bezahlt, haben kaum Zugang zu Bildung und materiellen Ressourcen und oft unzureichende oder gar keine soziale Absicherung. Auch in der neuen digitalen Arbeitswelt werden Geschlechternormen fortgeschrieben und es entstehen neue Zugangsschranken, die den beruflichen Ein- und Aufstieg von Frauen erschweren.

Die zentrale Genderkoordinierung der FES bündelte am Vorabend des Internationalen Frauentags 2022 Kräfte aus dem In- und Ausland, um in einer Veranstaltung mit dem Titel „Geschlechtergerechtigkeit hilft dem globalen Immun-

system – wirksame Wege aus der Krise“ Forderungen nach sozialer, gesundheitlicher, wirtschaftlicher und politischer Gleichstellung zu adressieren. Beteiligt waren u. a. die prominente indische Ökonomin Jayati Gosh, die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken, der Deutsche Frauenrat und hochrangige Vertreter_innen aus der Zivilgesellschaft. Die Gäste waren sich einig: Die berufliche und finanzielle Gleichstellung von Frauen und Männern würde die Innovations-, Produktiv- und Kreativkräfte erheblich fördern und für eine deutlich bessere soziale und gesundheitliche Absicherung der Gesellschaften sorgen.

Die Festveranstaltung bildete den Auftakt für eine Blog-Reihe zum Thema „Die ganze Wirtschaft im Blick? Perspektiven für eine gendergerechte globale Wirtschaft und Arbeitswelt in post-Corona-Zeiten“, die von der FES in den W7-Gipfel eingebracht wurde, sowie für eine Kampagne mit dem Titel „Der Virus ist ein Patriarch“, die auch junge Zielgruppen z. B. über die Social-Media-Kanäle erreicht hat.

Geschlechtergerechtigkeit gehört zur DNA der Sozialen Demokratie. Doch im öffentlichen Diskurs stoßen feministische Anliegen oft auf massiven Widerstand. Unter dem Titel »Antifeminismus Beyond Borders – Wie Selbstbestimmung die Welt provoziert« diskutierten die amerikanische Professorin Cynthia Miller-Idriss, die polnische Aktivistin Kamila Ferenc und die Bundestagsabgeordnete Leni Breymair im August über die Gefahren des weltweiten Antifeminismus. Das Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI) erarbeitete beim ersten Gender-Innovation-Camp im November in Berlin soziale, politische und kulturelle Genderinnovationen. Die stark nachgefragte »Toolbox Re:framing Gender« und das neue »Gender Glossar« bieten konkrete Hilfen für geschlechtergerechte Kommunikation. Das Themenportal und die Social-Media-Kanäle »Gender Matters« erreichten erneut eine große, überwiegend junge Zielgruppe.

Ein großes Problem bleibt die ungleiche politische Teilhabe von Frauen. Die Studien »Frauen MACHT Berlin« und »Frauen MACHT Brandenburg« analysieren die Unterrepräsentation

von Frauen in den Regierungen und Parlamenten der beiden Länder. Die daraus abgeleiteten Empfehlungen erzielten ein großes Medienecho und wurden u. a. in Veranstaltungen mit der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, und der Präsidentin des Landtags von Brandenburg, Ulrike Liedtke, diskutiert.

Engagement fördern, Erinnerung wachhalten

Menschen, die sich für die Demokratie engagieren, sind zunehmend Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Häufig ziehen sich Kommunalpolitiker_innen deshalb aus ihren Ämtern zurück. Daher wird es immer wichtiger, kommunalpolitisch und ehrenamtlich Aktive zu stärken. Mehrere Landesbüros organisierten Online-Veranstaltungen zu diesem drängenden Thema. Dabei kamen Betroffene zu Wort und diskutierten gesellschaftliche wie strafrechtliche Handlungsmöglichkeiten.

Die neue Webseite »Digitales Lernen« der OnlineAkademie und der dazugehörige Blog geben seit Oktober praxisnahe Tipps, wie interaktive digitale Formate der politischen



Im betahaus Berlin fand Ende November das erste Gender-Innovation-Camp statt. Im Zentrum stand die Frage, wie sich soziale Innovationen stärker mit feministischen Ansätzen verknüpfen lassen.

www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender

Um Erinnerungskultur im Einwanderungsland Deutschland ging es am 25. Oktober bei der Podiumsdiskussion »Geschichte in Vielfalt« im Bürgerzentrum Ehrenfeld in Köln, die als Livestream übertragen wurde. Im Bild Moderatorin Prasanna Oommen (links) im Gespräch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Sanae Abdi.

Bildung gestaltet werden können. Ein weiteres E-Learning-Angebot ging mit »KommunalAkademie digital« an den Start. Mit diesen und weiteren innovativen digitalen Angeboten konnte die Friedrich-Ebert-Stiftung neue Zielgruppen erreichen.

Wie Demokratie gelebt wird, hängt auch davon ab, wie sie erinnert wird. In einer Veranstaltung des Archivs der sozialen Demokratie und des Landesbüros NRW am 25. Oktober in Köln ging es um »Geschichte in Vielfalt! Erinnerungskultur im Einwanderungsland Deutschland«. Das hochrangige Podium

betonte die Notwendigkeit eines multiperspektivischen Geschichtsbildes und einer inklusiven Erinnerungskultur als Voraussetzung für eine moderne, demokratische Einwanderungsgesellschaft.

Das Landesbüro Sachsen setzte die Aufarbeitung der SED-Diktatur fort mit dem 33. Bautzen-Forum unter dem Titel »Umbruchjahre im Osten. Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland«. In Sachsen-Anhalt organisierte das Landesbüro Besuche ausgewählter Gedenkstätten von NS-, DDR- und Sowjet-Verbrechen mit Angehörigen der Bundeswehr, die durch ihren Dienst eine besondere Verantwortung im Umgang mit Gewalt tragen.



Im Mittelpunkt der Mensch – Gewerkschaftsarbeit und die Zukunft der Arbeit

Beim zweitägigen L7-Gipfel im Mai in Berlin verbanden die 40 teilnehmenden Gewerkschafter_innen praktische Forderungen für Beschäftigte im globalen Norden und Süden mit einer breiten konzeptionellen Reflexion.

Zukunft der Arbeit: Das klingt nach technologischem Fortschritt. Doch auch Faktoren wie Klimawandel, Demografie, Globalisierung und Migration prägen die Neugestaltung von Arbeit und Arbeitsbeziehungen. Die Projektarbeit der FES dazu, meist in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, zielt auf eine Zukunft der Arbeit, bei der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Gute Arbeit als Schlüssel

Unter dem Leitmotiv »Fortschritt für eine gerechte Welt« übernahm die Bundesregierung 2022 den Vorsitz der G7. Nach einem Treffen der Gewerkschaftsführungen der G7-Staaten am 11. Mai mit Bundeskanzler Olaf Scholz bot die Konferenz des L7-Gewerkschaftsdialogs am 12./13. Mai in der FES eine Plattform für den gewerkschaftlichen Dialog auf Führungsebene. Ziel war, gemeinsame Positionen zu globalen Herausforderungen wie gerechtem Klimawandel, Digitalisierung und Krisenmanagement zu diskutieren und den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber dem G7-Gipfel Nachdruck zu verleihen. Yasmin Fahimi war als neu gewählte DGB-Vorsitzende erstmals Gastgeberin des L7-Gipfels. Sie forderte, die Transformation müsse mit den Beschäftigten gestaltet werden und in den Regionen, die vom Ausstieg aus fossilen Brennstoffen betroffen sind, müssten geeignete Arbeitsplätze geschaffen werden.

Gute Arbeit ist ein Schlüssel für Emanzipation, Sicherheit, Teilhabe und Chancengleichheit für alle Europäer_innen. Das von der Karlspreisstiftung und dem FES-Kompetenzzentrum Zukunft der Arbeit erstmals veranstaltete Europäische Karlspreis Forum der Arbeit diskutierte am 14. November vor dem Hintergrund der digitalen und sozialökologischen Transformation die Leitfrage »Wie kann Europa ein Projekt der arbeitenden Menschen werden?«. Im Mittelpunkt stand der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Arbeitswelt. In Zukunft soll das Forum jährlich stattfinden.

Bei einer mit mehreren Partnerorganisationen im Juli in Berlin ausgerichteten Konferenz mit Teilnehmer_innen aus Deutschland, Brasilien, Südafrika, Indien und Bangladesch wurde deutlich, wie sehr die Digitalisierung die Arbeitsbedingungen verändert. So nehmen in deutschen Geschäften KI-gesteuerte Systeme einen immer größeren Raum ein; Algorithmen sorgen dafür, dass Waren automatisch nachbe-



stellt werden. Das hat Auswirkungen auf die Textilarbeiter_innen in Asien, etwa in Form von Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung oder der Befürchtung, von digitalen Systemen ersetzt zu werden. Logische Konsequenz ist die Forderung nach tarifvertraglicher Mitgestaltung der Digitalisierung am Arbeitsplatz und in der Lieferkette. Die Studie »Künstliche Intelligenz und Automatisierung im Einzelhandel«, die das Kompetenzzentrum Zukunft der Arbeit gemeinsam mit UNI Europa im Mai veröffentlichte, beleuchtet die Auswirkungen der Automatisierung im Einzelhandel auf Beschäftigte in Europa.

Gewerkschaften und Arbeitswelt im Wandel

Überall auf der Welt stehen Gewerkschaften vor der Aufgabe, ihr Selbstverständnis, ihre Organisationsstrukturen und ihr Handeln neu auszurichten. Die FES fördert Gewerkschaften weltweit, damit sie effektiv die Interessen der Arbeitnehmer_innen vertreten können. Beispiel Lateinamerika: Dort werfen Digitalisierung, Plattform- und Leiharbeit sowie eine Reihe rückwärtsgewandter Arbeitsmarktreformen nicht nur die Frage nach der Zukunft der Arbeit auf. Auch der Fortbestand der Gewerkschaften an sich steht zur Disposition. Der Regionalverband CSA/TUCA fordert deshalb, dass Gewerkschaften repräsentativer werden und ihre Mobilisierungsfähigkeit stärken sollen, etwa über Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen, die Aufnahme informell Beschäftigter, Genderparität und Nachwuchsförderung. Zusammen mit den Länderbüros unterstützt das Regionale Gewerkschaftsprojekt der FES diese Ziele.

Damit die Digitalisierung die Qualität und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verbessert, müssen die Beschäftigten den Kern digitaler Systeme gut verstehen: Daten und Algorithmen. Das global angelegte Projekt »Unsere digitale Zukunft« der FES und der Gewerkschaftsföderation Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) befähigt Gewerkschaften, den Einsatz von Technologien im Sinne der Beschäftigten mit zu verhandeln und

zu kontrollieren. Es geht dabei um nicht weniger als die Frage, wer die Kontrolle über Daten besitzt: die öffentliche Hand oder private Konzerne.

Wie die Menschen vor Ort ihre eigene Zukunft mitgestalten können, thematisiert die FES-Studie »Die Übergangenen – strukturschwach und erfahrungsstark«. Der Studie liegen Gespräche in sogenannten strukturschwachen Regionen Deutschlands zugrunde, unter anderem im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen präsentierte das Landesbüro Sachsen-Anhalt im Mai die Ergebnisse. Das Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland stellte die Studie im Juli in den Räumlichkeiten des 1. FC Kaiserslautern vor. Die Studie wurde auch in Berlin diskutiert und inzwischen bereits mehr als 10.000-mal heruntergeladen.

Das Landesbüro Hessen lenkte in der Reihe »Politischer Mittagstisch« im März den Blick auf den Beitrag von Migrant_innen und Geflüchteten zur Fachkräftesicherung in Deutschland. Auch die Integrationskonferenz des Landesbüros Brandenburg im November beschäftigte sich mit diesem Thema. Beide Veranstaltungen verdeutlichten, wie wichtig es ist, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen besser einzubinden.





Gemeinsam mit dem Kooperationspartner »Das progressive Zentrum« wurde am 20. Juli in der FES Berlin die Studie »Die Übergangenen« vorgestellt. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hielt die Impulsrede.
www.fes.de/studie-die-uebergangenen

Wie der Gesetzgebungsprozess zur Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmer_innen in digitalen Arbeitsplattformen und die Beschäftigungsaspekte des KI-Gesetzes zusammengebracht werden können, wurde auf der Konferenz »Work ahead: labour in the platform economy« diskutiert.

Die Transformation der Automobilindustrie bietet für Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern Chancen und Risiken. Das diesjährige »Gipfeltreffen Hohenneuffen: Politik mit Weitblick« diskutierte am 19. Juni das Thema »Auto ade? Betriebliche Transformation der Arbeitswelt«. Im Fokus stand die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umschulungen und Qualifizierungen. Wichtiger Motor derartiger Bemühungen sei der Betriebsrat, so das Fazit. In der Veranstaltung »Gute Arbeit – sozial und klimafreundlich? Die Zukunft der Automobilindustrie in der Oberpfalz« bilanzierte am 13. September in Regensburg die Vorsitzende der Bayern-SPD, Ronja Endres: »Überall, wo Mitbestimmung funktioniert, klappt die Transformation.«



Digitalisierung mit menschlichem Antlitz

Die Beschäftigten der Plattformökonomie machen uns das Leben leichter: Ein Mausklick am PC und der Fahrdienst ist gebucht, ein Tippen aufs Handy und das Essen wird nach Hause geliefert. Aber wie steht es um deren (Arbeits-)Leben? Wie lässt sich Gute Arbeit in der Plattformökonomie verankern? Darüber diskutierten chinesische und deutsche Arbeitsrechtler_innen auf einer Veranstaltung der FES Shanghai mit dem deutsch-chinesischen Rechtsinstitut der Universität Nanjing. Dabei zeigte sich vielfältiger Reformbedarf. So müssen die Definition des Begriffs »Arbeitnehmer_in« erweitert, die Beschäftigten in die Sozialversicherung aufgenommen und ihre Organisation gestärkt werden.

Das FES-Kompetenzzentrum Zukunft der Arbeit mit Sitz in Brüssel hat im Mai das Projekt »Mapping Plattformökonomie« veröffentlicht. Es kartiert die Plattformwirtschaft in mehr als 30 europäischen Ländern und zeigt beispielsweise, wo Plattformbeschäftigte als regulär Beschäftigte arbeiten. Zum Projekt gehört auch die Studie »Online Platforms and Platform work«. Sie hebt drei Bereiche hervor, die stärker in den Fokus rücken müssen: die Schaffung nationaler Register, mehr Transparenz beim Einsatz automatisierter Systeme und ein besserer Schutz von Frauen und Migrant_innen in der Plattformarbeit.

In Subsahara-Afrika könnten Beschäftigungsperspektiven in der Plattformökonomie einen Ausweg aus der hohen Jugendarbeitslosigkeit weisen. Allerdings zeigt eine gemeinsam mit dem Southern Center for Inequality Studies an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg erarbeitete FES-Studie, dass es sich bei den Arbeitsbedingungen von Essenslieferant_innen in Südafrika, Ghana und Kenia eher um eine neue Form der Ausbeutung handelt. Die Studie verweist auf den täglichen Überlebenskampf der Fahrer_innen und auf die notwendige Regulierung des boomenden Sektors. Das Gewerkschaftsprojekt für Subsahara-Afrika der FES mit Sitz in Johannesburg unterstützt die Interessenvertretung der betroffenen Arbeiter_innen.

Gemeinsam mit der Foundation for Higher Education (IFHE) im indischen Hyderabad hat die FES Indien ein Aktionsforschungsprojekt durchgeführt. Es unterstützt indische Straßenhändler_innen bei der Entwicklung von Handybasierten Geschäftsmodellen, zum Beispiel mit dem Einsatz von Bezahl- und Bestell-Apps. Das Projekt fördert damit die Digitalisierung und Transformation im Tourismussektor.

Das Lieferkettengesetz und seine Folgen

Ein zentraler Erfolg im Jahr 2021 war die Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes, das Unternehmen verpflichtet, Menschen- und Umweltrechte weltweit zu schützen.

Expert_innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutierten im Oktober auf der internationalen hybriden Konferenz »Die Welt im Wandel – Lieferkettengesetz als Chance« über die Stärken und Schwächen gesetzlicher Regulierung (im Bild FES-Referentin Franziska Korn im Gespräch mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil).



zen. Seitdem setzt sich die Stiftung verstärkt für ein EU-weites Lieferkettengesetz ein. Mit Publikationen, Hintergrundgesprächen und Fachkonferenzen prägt die FES seit zehn Jahren sowohl in Deutschland als auch mit ihren Auslandsbüros die Debatten um menschenrechtliche Sorgfaltspflichten.

In China hat das deutsche Lieferkettengesetz Kritik ausgelöst. Es wird als weitere Politisierung der Wirtschaftsbeziehungen gesehen. In einer Veranstaltung der FES Shanghai mit den renommierten Shanghai Institutes for International Studies im September wurden der chinesischen Seite die Gründe für das Gesetz erläutert. In einer vertrauensvollen Atmosphäre gelang es, mit Politiker_innen, Wissenschaft-

ler_innen und Wirtschaftsvertreter_innen beider Seiten offen über die aktuellen Herausforderungen globaler Lieferketten zu diskutieren.

Unter dem Titel »Die Welt im Wandel – Sorgfaltspflichtengesetze als Chance?« veranstaltete die FES in Berlin am 18. Oktober in Kooperation mit der Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE eine internationale Konferenz. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis unterstrichen, dass für ein nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Agenda 2030 und der Pariser Klimaziele die unternehmerische Sorgfaltspflicht essenziell sei. Nur mit ausreichender Mitbestimmung von Gewerkschaften könnten Lieferketten nachhaltiger gestaltet werden.

Hitzewellen und Dürren prägten das Bild des Sommers 2022 auf der Nordhalbkugel – wieder einmal ein Weckruf für eine ambitionierte Klimapolitik. Zugleich führte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zur gravierendsten fossilen Energiekrise seit den 1970er-Jahren. Europa und Deutschland im Besonderen sahen sich aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen mit horrenden Preissteigerungen und drohenden Blackouts konfrontiert. Doch auch Entwicklungs- und Schwellenländer sind betroffen.

Die Transformation sozial flankieren

Die europäischen Bemühungen, russisches Erdgas durch Zukäufe auf dem Weltmarkt zu ersetzen, gefährdeten die Energiesicherheit in Entwicklungsländern und erforderten dort die Rückkehr zu Kohle und Öl. Steigende Preise bei Düngemitteln könnten zudem zu einer globalen Nahrungsmittelkrise führen. Während die massive Verteuerung fossiler Energieträger die Bestrebungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien im globalen Norden massiv beschleunigt hat, ist daher noch unklar, wie sich die Krise auf die globalen Klimaschutzbestrebungen auswirken wird. Um zu verhindern, dass der Rückhalt für eine ambitionierte Klimapolitik schwindet, muss die Transformation sozial flankiert werden.

Auf globaler Ebene haben dabei die internationalen Klimakonferenzen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, die COP (Conference of the Parties), eine Schlüsselrolle. Die

FES war im November bei der COP27 in Ägypten mit einer internationalen zivilgesellschaftlichen Delegation vor Ort und unterstützte Akteur_innen aus dem globalen Süden bei ihrer Teilnahme. Zahlreiche Engagierte aus der Zivilgesellschaft hatten im Vorfeld Bedenken darüber geäußert, inwiefern es die ägyptische Regierung überhaupt erlauben würde, Einfluss auf die Klimaverhandlungen zu nehmen. Die FES richtete daher gemeinsam mit dem regionalen Klima-Dachverband Climate Action Network Arab World und ägyptischen Akteur_innen eine regionale Pre-COP aus, in der die Teilnehmenden lernten, den eingeschränkten Handlungsspielraum für ihre progressive Klimaagenda zu nutzen. Das Afrika-Referat brachte Meinungsmacher_innen und Expert_innen in der Online-Konferenz #AfriCOP27 zusammen, um eine Strategie für eine bessere Berücksichtigung afrikanischer Interessen in der internationalen Klimapolitik zu erarbeiten – ein sehr spannender Austausch afrikanischer Stimmen, die sonst nicht gehört werden.



»Die Transformation betrifft uns alle«: Mit dieser Kernbotschaft eröffnete Martin Schulz die Veranstaltung »NRWandel« im Februar in der Zeche Zollverein in Essen. Um diese erfolgreich und in einem wertegeleiteten Zusammenspiel von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität und Innovation voranzubringen, müssten die Menschen vor Ort zu Mitgestalter_innen werden.

Klimaschutz als globale Aufgabe

Eine Schlüsselregion für erfolgreichen Klimaschutz ist Asien mit seinen aufstrebenden Volkswirtschaften, deren steigender Energiebedarf klimaneutral gedeckt werden muss. Vor allem muss Kohle im Energiesektor rasch durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden. Beim ersten Just Transition Forum des FES-Klima- und Energieprojekts in Asien in Kooperation mit dem Climate Action Network Southeast Asia diskutierten am 9. September 200 Teilnehmende online darüber, wie der Energiesektor sozial gerecht umgestaltet werden kann.

Großen Transformationsbedarf gibt es auch in den Ländern Osteuropas. Zum zweiten Mal fand 2022 das Socio-Ecological Forum Skopje statt, das die FES gemeinsam mit dem Olof Palme Center organisierte. Zielsetzung war, den European Green Deal mit einer grünen Agenda für den Westbalkan zu verknüpfen und die sozialökologische Transformation in der Programmatik der sozialdemokratischen Parteien in Südosteuropa stärker zu verankern.

Um die Präsenz der FES im europäischen Klimadiskurs zu stärken, hat Anfang des Jahres das neue Kompetenzzentrum Klima und soziale Gerechtigkeit (FES Just Climate) in Brüssel seine Arbeit aufgenommen. Es nutzt Methoden wie Faktenchecks und Infografiken, um seine Botschaften online zu

verbreiten. Beispielsweise werden kurze Artikel unter dem Slogan »One minute, one thought« über Social Media geteilt. In persönlichen Schreiben an Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Bundestags werden außerdem die Ergebnisse der Veröffentlichungen von FES Just Climate zusammengefasst.

Den Wandel vor Ort gestalten

Die derzeitige Energiepreiskrise hat die Verteilungs- und Armutproblematik noch einmal drastisch verschärft. Neben der Industrie spüren besonders die Privathaushalte die Auswirkungen. Damit befassten sich mehrere regionale Diskussionsveranstaltungen. So beleuchtete das Landesbüro Berlin die persönliche Dimension des Themas gerechter Klimaschutz in zwei Abendforen im September und Dezember zur Zukunft der Energie- und Wärmeversorgung sowie der Trinkwasserversorgung in Berlin und Umland. Wie der Übergang zum klimaneutralen Wohnen sozial gerecht gestaltet werden kann, thematisierte der Managerkreis im Projekt »Soziale Wärmewende«. Auf Basis von Hintergrundgesprächen mit Bundestagsabgeordneten entstand dabei das Impulspapier »Keine Energiewende ohne soziale Wärmewende«.

Um die Zukunft der Arbeit sowie des Bildungs- und Wirtschaftssystems in NRW ging es am 15. Februar bei »NRWandel: Zukunftsperspektiven schaffen für die Transformationsgesellschaft« in der Zeche Zollverein in Essen. Unter den Gästen waren Bundeskanzler Olaf Scholz, Entwicklungsministerin Svenja Schulze und Martin Schulz. Wie die Mobilitätswende gelingen kann, war Thema einer Veranstaltungsreihe in Regensburg, Ingolstadt und Nürnberg mit dem Titel »STADTfinden: Wege zu zukunftsfähigen Städten in Bayern«.

Ermutigen, ermöglichen, anregen: Das ist auch das Ziel des Klima-Handbuchs für Kommunen. 2021 für Bayern und dann Hessen entwickelt, wurde es 2022 für NRW, Rheinland-Pfalz und Saarland, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern adaptiert und am 3. November in Mainz im Beisein von Ministerpräsidentin Malu Dreyer vorgestellt.





DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG E.V.
IM SPIEGEL DER PRESSE

01

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
3. JANUAR 2022

Mehrere Artikel, darunter in der *Süddeutschen Zeitung*, widmen sich der erneuten Übernahme der Macht im Sudan durch das Militär. Nach wochenlangen Protesten hatte der zivile Ministerpräsident Abdullah Hamdok seinen Rücktritt verkündet. Die FES-Vertreterin im Sudan, Christine-Felice Röhrs, ordnet die Entwicklungen ein: »Er hatte eigentlich keine Wahl mehr. Er hat einfach zu viel von dem, was er erreichen wollte, nicht geschafft.«

DEUTSCHLANDFUNK NOVA,
DEUTSCHE WELLE, NZZ, RND
10. JANUAR 2022

Nach dem Ende der Demonstrationen in Kasachstan fragt *Deutschlandfunk Nova*, wie stabil die vorübergehend ruhige Lage in dem Land sei. FES-Landesvertreter Christoph Mohr berichtet, dass die Demonstrationen erst einmal beendet seien und dass sich die Situation beruhigt habe. Er gibt aber auch zu bedenken, dass die wirtschaftlichen Probleme im Land nicht gelöst seien. Es gebe großen Frust bei den Menschen über die gestiegenen Energiepreise, die Lebenshaltungskosten seien in die Höhe gegangen. Und das, obwohl Kasachstan in den letzten Jahren wegen seines Rohstoffreichtums ein großes Wirtschaftswachstum hatte. Ausgerechnet im Westen des Landes aber, wo Öl und Gas gefördert werden, sei kaum Wachstum zu verzeichnen. Der erwirtschaftete Wohlstand komme nicht bei der Bevölkerung an.

RHEINISCHE POST,
HANDELSBLATT
11. JANUAR 2022

Mehrere Zeitungen, darunter die *Rheinische Post* und das *Handelsblatt*, berichten über eine gemeinsame Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die deutlich macht, dass Migrant_innen vor allem in der Logistik und in der Gastronomie einen großen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Betriebe leisten und damit wichtig für die Bekämpfung des Fachkräftemangels sind.

RBB INFORADIO
24. JANUAR 2022

Genau einen Monat vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wird der Leiter der FES in Kiew, Marcel Röthig, vom *Inforadio des rbb* interviewt. Anlass ist die Ankündigung der USA, ihr Botschaftspersonal aus der Ukraine abzuziehen. Marcel Röthig berichtet, dass dieser Schritt die Menschen in der Ukraine noch nicht in Panik versetze. Die Stimmung sei zurückhaltend: »Stand jetzt gibt es ein Bedrohungsszenario an der Grenze, aber mehr auch nicht.«

WDR, DEUTSCHLANDFUNK,
TAGESSCHAU.DE
26. JANUAR 2022

Als Favorit bei der Wahl zum Präsidenten in Italien gilt der amtierende Ministerpräsident Mario Draghi. Weil in den ersten drei Wahlgängen die Hürde einer Zweidrittelmehrheit gilt, gibt es bis zu diesem Zeitpunkt keine offizielle Kandidatur. Im vierten Wahlgang reicht die absolute Mehrheit. Tobias Mörschel, Leiter des FES-Büros in Rom, erläutert in mehreren Beiträgen, u.a. im *WDR*, den bevorstehenden Wahl-Krimi: Erst im vierten Wahlgang könnten Draghis Unterstützer_innen sicher sein, dass er auch gewählt werde.

TAGESSPIEGEL
28. JANUAR 2022

In einem Gastbeitrag für den *Tagesspiegel* analysiert Michael Bröning, Leiter des UN-Verbindungsbüros der FES in New York, wie durch allzu zahme Reaktionen der Weltöffentlichkeit Staatsstriche wie in Myanmar, Mali und Burkina Faso begünstigt werden.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
28. JANUAR 2022

Der Leiter des Regionalbüros Südosteuropa der FES in Sarajevo, Ralf Melzer, beschreibt in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* die zerstörerischen Kräfte in Bosnien und Herzegowina – und die Rolle der EU: Ein fragiles Konstrukt sei in Gefahr.

02

N-TV
10. FEBRUAR 2022

In einem ausführlichen Beitrag stellt *n-tv* Befunde einer FES-Studie vor, die gefragt hatte, wie die Menschen in strukturschwachen Räumen die Zukunft ihres Landes, ihres Umfelds und für sich selbst sehen. Hervorgehoben wird die zentrale Botschaft der Studie: Viele Menschen dort fürchten, dass die bereits bestehende soziale Ungerechtigkeit durch Klimapolitik noch verstärkt wird.

T-ONLINE
11. FEBRUAR 2022

Nach fast neun Jahren steht der Einsatz der Bundeswehr in Mali mehr denn je auf der Kippe. Christian Klatt, FES Bamako, sieht immer schlechtere Arbeitsbedingungen für internationale Streitkräfte. Weitermachen wie bisher sei zwar keine Option, sagt er gegenüber *t-online*, aber wer dem Land wirklich helfen wolle, müsse die humanitäre Not bekämpfen und gleichzeitig Entwicklungshilfe leisten. Beides erfordere zur Absicherung weiterhin eine hohe Militärpräsenz in Mali.

RBB KULTUR RADIO
15. FEBRUAR 2022

Nachdem das Auswärtige Amt Deutsche Staatsbürger_innen aufgefordert hat, die Ukraine zu verlassen, führt *rbb Kultur Radio* ein Interview mit Marcel Röthig. Der Leiter des FES-Büros in der Ukraine beschreibt nach seiner Rückkehr nach Deutschland die Lage und Stimmung in Kiew. Beides decke sich nicht unbedingt mit der Wahrnehmung im Westen.

EURONEWS
15. FEBRUAR 2022

Vor dem EU-Afrika-Gipfel befasst sich *Euronews* mit den Folgen des Klimawandels in Afrika. Laut den Vereinten Nationen werden bis 2030 mehr als 100 Millionen Menschen in Afrika von der Erderwärmung betroffen sein. Zitiert wird auch ein Mitarbeiter des FES-Büros in Kenia, Robert Muthami. Er prognostiziert, dass die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels bis 2030 mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung des Kontinents vernichten könnten.

ZEIT ONLINE
20. FEBRUAR 2022

In einer Vorberichterstattung stellt *ZEIT online* die Ergebnisse des »Security Radar 2022« der FES vor. Die Studie zeige, so die Kernbotschaft des Artikels, dass sich viele Bürger_innen in OSZE-Ländern um ihre Zukunft sorgten. Mit dem Corona-Management sei eine Mehrheit unzufrieden.

SWR
23. FEBRUAR 2022

In einem Interview mit dem SWR beschreibt Marcel Röthig, FES Kiew, wie die Menschen in der Ukraine trotz ihrer Angst ihrem Alltag nachgehen: »Zum einen, weil man in dieser Auseinandersetzung schon seit acht Jahren ist, zum anderen genießt das Militär mit das höchste Vertrauen unter allen ukrainischen Institutionen.«

ZDF, RBB, RTL, MDR, SWR U.A.
25. FEBRUAR 2022

Auf zahlreichen Rundfunkkanälen analysiert der FES-Vertreter in der Ukraine, Marcel Röthig, die Entwicklungen nach Beginn des russischen Angriffs. Nach den Folgewirkungen in Russland wird Peer Teschendorf befragt, der bis zur Schließung des Büros die FES in Moskau vertrat.

03

DEUTSCHE WELLE
4. MÄRZ 2022

30 Die Ukraine-Expertise von Marcel Röthig, FES Kiew, ist weiterhin in den Medien gefragt. In zahlreichen Interviews gibt er seine Einschätzung zur Entwicklung des Krieges ab: »Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es früher oder später zu einer Einigung zwischen der Ukraine und Russland, wahrscheinlich auch zwischen Russland und dem Westen, kommen wird«, sagt er der *Deutschen Welle*.

WDR
7. MÄRZ 2022

Viele Schüler_innen in NRW stehen kurz vor dem Schulabschluss, die Bewerbungsphase für einen Ausbildungsplatz läuft. Für junge Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss ist es in Westdeutschland verhältnismäßig schwierig, einen Ausbildungsplatz zu finden. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die der *WDR* zitiert, setzen Unternehmen immer stärker auf Abiturient_innen. Ausnahme ist das Handwerk: Hier suchen viele Betriebe noch Azubis.

DEUTSCHLANDFUNK
21. MÄRZ 2022

In der FES-Studie »Geschäftsmodell Ausbeutung« wird von einem Fall aus Frankfurt am Main berichtet, bei dem man osteuropäische Gastarbeiter_innen mit einer freien Unterkunft, Transport und Verpflegung lockte, sie sich am Ende jedoch eine Dreizimmerwohnung zu 13 Personen teilen mussten und nur 1,09 Euro Stundenlohn erhielten. Der *Deutschlandfunk* greift das Thema auf.

TAGESSPIEGEL
21. MÄRZ 2022

Im Berliner Abgeordnetenhaus sitzen derzeit etwas mehr Frauen als nach der Wahl 2016: Ihr Anteil stieg von 33,1 auf 35,4 Prozent. Der *Tagesspiegel* berichtet über die Studie »Frauen Macht Berlin!«, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde. Zum ersten Mal führt mit Franziska Giffey (SPD) eine Frau das Rote Rathaus und im Senat sind es sogar mehr Frauen als Männer (sechs zu vier).

ZDF
30. MÄRZ 2022

»Da die Leute russisches Fernsehen konsumieren und alles nach Russland ausgerichtet ist, ähnelt die öffentliche Meinung wahrscheinlich sehr dem Stimmungsbild in Russland«: Das sagt Marcel Röthig, Leiter der FES Ukraine und Moldau, in der heute-Sendung des *ZDF* zur öffentlichen Meinung im Osten der Ukraine.

04

ZEIT ONLINE
1. APRIL 2022

Die Vereinten Nationen wurden nach Ende des Kalten Krieges zu einem wichtigen Forum für globale Entwicklung. Doch spätestens mit Russlands Krieg gegen die Ukraine habe die harte politische Realität die UN eingeholt, schreibt Michael Bröning in einem Gastbeitrag für *ZEIT online*. Bröning leitet das FES-Büro bei den Vereinten Nationen in New York.

HANDELSBLATT
3. APRIL 2022

Serbiens Politik wird zunehmend von der Partei des Präsidenten, Aleksandar Vučić, bestimmt. Im *Handelsblatt* kritisiert Max Brändle, Leiter des FES-Büros in Belgrad, das zunehmend autokratische Agieren der serbischen Führung. Der Präsident zeige »zu wenig politischen Willen, den notwendigen Reformprozess für den EU-Beitritt Serbiens voranzutreiben«.

05

ZDF UND DEUTSCHLANDFUNK
9. APRIL 2022

Das ZDF berichtet darüber, dass neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen auch mehrere deutsche politische Stiftungen in Russland verboten wurden. Zu den 15 betroffenen Organisationen gehört auch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Büroleiter Peer Teschendorf erzählt im Gespräch mit dem *Deutschlandfunk*, wie die Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft im Laufe der Zeit immer schwieriger geworden sei und es schließlich zum Bruch kam.

DEUTSCHLANDFUNK
26. APRIL 2022

Christian Klatt, Leiter des FES-Büros in Bamako, berichtet im *Deutschlandfunk*, wie die Sanktionen die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Mali verschärfen. Was genau die Malierinnen und Malier derzeit denken, sei allerdings schwer zu beurteilen: Es gebe »eine sehr große Zurückhaltung, sich öffentlich kritisch zu äußern«. Klatt verweist auf einen prominenten Fall staatlicher Einschüchterung gegen einen Kritiker der Regierung: »Tage später wurde er festgenommen unter Vorwürfen falschen Verhaltens [...] und ich glaube, das hat Eindruck hinterlassen.«

DEUTSCHLANDFUNK
4. MAI 2022

Laut einer Untersuchung der Universität Oslo aus dem Jahr 2020 gab es in keinem anderen Land in Westeuropa seit 1990 so viel schwere rechte Gewalt wie in Deutschland. Laut der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sehen fast 70 Prozent der Befragten den Rechtsextremismus neben der Klimakrise als das größte Problem in Deutschland an. Darüber berichtet der *Deutschlandfunk*.

DEUTSCHLANDFUNK
10. MAI 2022

Ferdinand Marcos, Sohn des früheren Diktators, beansprucht auf den Philippinen den Wahlsieg. Marcos Junior habe »es sehr gekonnt beherrscht, sämtliche sozialen Medienkanäle zu bespielen«, sagte Vinzenz Huzel, Leiter des FES-Büros in Manila. Das sei im Wahlkampf zentral gewesen. Die Menschen erwarteten nun, dass das Tandem Ferdinand Marcos und Sara Duterte den autoritären politischen Kurs des scheidenden Präsidenten Rodrigo Duterte fortsetze.

DEUTSCHE WELLE
19. MAI 2022

Die DW zitiert aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese zeigt, dass zwölf der reichsten Familien Argentiniens während der Pandemie ihr Vermögen erhöht haben, während es dem Rest der Gesellschaft eher schlechter ging.

06

RBB RADIOEINS
8. JUNI 2022

Der Eiserne Vorhang ist mittlerweile ein digitaler: Russlands Präsident Putin schottet sein Land weiter ab. Soziale Medien wie Facebook, Twitter und Instagram sind bereits gesperrt. Objektiv berichtende russische Medien wurden geschlossen oder ins Exil gedrängt. Tech-Konzerne schränken ihre Geschäfte mit Russland ein oder beenden sie. Zu diesem Thema spricht Alexey Yusupov, Leiter des Russlandprogramms der FES, auf der re:publica in Berlin. *Radioeins* des rbb berichtet darüber in einer Sondersendung.

DEUTSCHE WELLE
16. JUNI 2022

Bei der ersten Runde der Parlamentswahlen in Frankreich konnte das Linksbündnis NUPES landesweit fast genauso viele Stimmen holen wie die Allianz um die Macron-Partei Renaissance. Noch am Wahlabend erklärte Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon NUPES zur eigentlichen Wahlsiegerin und nannte die Präsidentenpartei »geschlagen und erledigt«. Obwohl diese Behauptung maßlos übertrieben sei, könne Mélenchon doch auf einen großen Erfolg blicken, analysiert Thomas Manz, Leiter des Pariser FES-Büros, und konstatiert: »Dieses Wahlbündnis hat die politische Dynamik in Frankreich völlig umgekrempelt von der Präsidentschafts- bis zur Parlamentswahl.«

06

TAGESSCHAU, SPIEGEL,
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG,
HANDELSBLATT U.A.
21. JUNI 2022

Zahlreiche Medien im In- und Ausland, darunter *Tagesschau* und *SPIEGEL*, berichten über die außen- und sicherheitspolitische Grundsatzrede, die SPD-Chef Lars Klingbeil auf der Tiergartenkonferenz der FES hält. Darin greift Klingbeil die »Zeitenwende«-Rede des Bundeskanzlers auf und fordert eine neue europäische Sicherheitspolitik, ein neues Verhältnis zu Russland und eine bessere Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Partnern und den Ländern des globalen Südens. Für Aufsehen sorgt dabei die Forderung, Deutschland solle den »Anspruch einer Führungsmacht« erfüllen. Dies sei eine wichtige Antwort auf die Zeitenwende und werde von den europäischen Partnern erwartet. Die Gesellschaft müsse demnach auch ihr Verhältnis zur Bundeswehr überdenken.

07

TAGESSCHAU
1. JULI 2022

Henrik Meyer, Leiter des FES-Büros in Istanbul, analysiert in der *Tagesschau* die Lage vor den Wahlen in der Türkei: Zunehmende Armut und die hohe Inflation brächten die Regierung Erdogan in Bedrängnis. Die Wahlen könne die türkische Regierung eigentlich nur noch gewinnen, wenn sie es schaffe, die Agenda in den Medien anders zu setzen, sagt Meyer: »Wenn über andere Themen gesprochen wird als über Wirtschaft und Wirtschaftskrise und die Verarmung der Mittelschicht.« In diesem Sinne sei es für die Regierung wichtig, auch relativ kleine Medien kontrollieren zu können.

DEUTSCHE WELLE
3. JULI 2022

In Jordanien wird der Begriff »Frauen« in die Verfassung aufgenommen. Zuvor seien dort nur »Jordanier« genannt worden, berichtet die *DW*. Zudem wurde ein Gesetz geändert: Mindestens zehn Prozent der Gründungsmitglieder einer politischen Partei müssen jetzt Frauen sein. »Die Verfassungsänderung und die Reform des Parteiengesetzes haben ein wenig mehr öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt«, kommentiert Magdalena Kirchner, Leiterin des FES-Büros in Amman. Das sei auch dringend notwendig.

TAGESSCHAU
11. JULI 2022

Salam Said, FES-Referentin für Syrien, analysiert für die *Tagesschau* die Politik des Assad-Regimes im Hinblick auf humanitäre Hilfe in Syrien. Selbst die wenige internationale Hilfe, die im Land ankomme, sei der Regierung Assad ein Dorn im Auge, so Said: »Assad würde die Hilfslieferungen am liebsten komplett kontrollieren. Dann könnte er die Bevölkerungsgruppe, die gegen ihn ist, bestrafen und die, die für ihn sind, belohnen.«

DEUTSCHLANDFUNK
18. JULI 2022

In einer Sendung zum Begriff »prekär« bezieht sich der *Deutschlandfunk* auf eine Studie der FES aus dem Jahr 2006 mit dem Titel »Prekäre Arbeit«, in der die Worte »Prekariat« und »Prekarier« noch in Anführungszeichen gesetzt wurden. Zutreffend habe diese Studie prekäre Beschäftigung, Prekarität und Prekarisierung prognostiziert. Seitdem seien vor allem Arbeitsverhältnisse von Künstler_innen und Journalist_innen prekär geworden.

08

ZEIT ONLINE
12. AUGUST 2022

Über das Ende des Bundeswehreininsatzes in Mali wird weiterhin kontrovers debattiert. Nach Einschätzung von Christian Klatt, Leiter des FES-Büros in Mali, ist es wichtig, dass es sich bei der Entscheidung der Bundesregierung nicht um einen kompletten Stopp des Bundeswehreininsatzes, sondern nur um eine Aussetzung handle. Man müsse prüfen, wo Spannungen lägen und wie diese behoben werden könnten, zitiert ihn *ZEIT online*.

TAGESSPIEGEL
13. AUGUST 2022

Auch im *Tagesspiegel* ist die Lage in Mali Thema. Die Zeitung berichtet über eine Studie der FES: »Von einem nicht geringen Rückhalt für die Militärjunta zeugt die letzte Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung im Land. [In dieser Studie] nannten in diesem Frühjahr dreiviertel der Befragten (76 Prozent) den Mangel an Sicherheit als größtes Problem ihres Landes, fast die Hälfte (48 Prozent) war besorgt über die Nahrungsmittelversorgung, etwa genauso viele über Jugendarbeitslosigkeit und Armut. Aber vier von fünf Befragten (84 Prozent) sagten, die allgemeine Lage im Land habe sich in den vergangenen zwölf Monaten verbessert, also in der Zeit nach dem jüngsten Staatsstreich des Militärs von Mai 2021.«

MDR
16. AUGUST 2022

Welche Politik brauchen wir angesichts der Zeitenwende? Der *MDR* berichtet über ein Streitgespräch zwischen dem Ostbeauftragten der Bundesregierung und sächsischen Wirtschaftsminister, Martin Dulig (SPD), und dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) in Dresden, veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

DEUTSCHE WELLE
19. AUGUST 2022

Sarah Hepp, Leiterin des Irak-Büros der FES mit Sitz im jordanischen Amman, analysiert für die *DW* die angespannte Lage in dem Land, nachdem ein Treffen von Spitzenpolitiker_innen mehrere Parteien fern blieben. »Bereits seit dem vergangenen Herbst herrscht politischer Stillstand im Irak. Nun hat die Stürmung des Parlaments gezeigt, dass es Kräfte gibt, die nicht am Verhandlungstisch bleiben«, so Hepp.

DEUTSCHE WELLE
25. AUGUST 2022

Putins Krieg gegen die Ukraine hat in dem Land für viel Tod und Zerstörung gesorgt. Der Leiter des Russlandprogramms der FES, Alexey Yusupov, diskutiert in einer Talkshow der *DW* mit Maryna Rakhlei vom German Marshall Fund und Iryna Solonenko vom Zentrum Liberale Moderne.

PHOENIX
27. AUGUST 2022

Tobias Mörschel, Leiter des FES-Büros in Rom, kommt in einem *Phoenix*-Spezial zu den Wahlen in Italien zu Wort. Die Regierung unter Mario Draghi sei eine Regierung zur Bewältigung der aktuellen Krisen gewesen, sagt Mörschel. Das Scheitern sei auf das Handeln gleich mehrerer Parteien zurückzuführen, die für sich keinen Sinn mehr darin sahen, der Regierungskoalition anzugehören: „Es war am Ende eine Art Wettrennen zwischen Salvini und Conte, wer zuerst rauskommt aus der Regierung und sich dann außerhalb der Regierung profilieren kann, um wieder in der Wählergunst zu steigen“, so interpretiert Mörschel die Entwicklungen. Das Auf und Ab der Parteien zeige eine deutliche Politikverdrossenheit der Italiener_innen. Den Fratelli d'Italia und damit Giorgia Meloni gelinge es jedoch, Wähler_innen aus allen gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen. Eine rechte Regierung Italiens sei damit durchaus möglich.

09

TAGESSPIEGEL
9. SEPTEMBER 2022

34

Katar versucht sich im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft positiv zu präsentieren. Auf einer Diskussionsveranstaltung der FES kommt auch der Cheforganisator der WM, Hassan Al-Thawadi, zu Wort. Bei der Diskussion mit seinen Kritiker_innen habe Al-Thawadi nur bedingt überzeugen können, schreibt der Berliner *Tagesspiegel*.

TAGESSPIEGEL
15. SEPTEMBER 2022

Die Leiterin des FES-Büros für die Nordischen Länder in Stockholm, Kristina Birke Daniels, erklärt im *Tagesspiegel*, warum die Rechtspopulisten bei der Wahl in Schweden so erfolgreich waren und was nun aus dem als liberal geltenden Land wird. Die Rufe nach »Keine Migration, kein Asyl« würden jedenfalls einflussreicher, so Birkes Prognose.

HAMBURGER ABENDBLATT
18. SEPTEMBER 2022

Das *Hamburger Abendblatt* zitiert eine FES-Studie, nach der die Demokratie in den beiden norddeutschen Hansestädten Bremen und Hamburg als stabil gelten kann. Die Politik genieße vergleichsweise hohes Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern, was sich insbesondere in der Zufriedenheit mit der Arbeit ihrer Bürgermeister widerspiegele. Größte Sorge der Menschen in Hamburg sind der Studie zufolge die hohen Wohnkosten.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG
18. SEPTEMBER 2022

Immer wieder findet die FES-Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« lobend Erwähnung in regionalen Medien, wie diesmal in der *Braunschweiger Zeitung*: Die Ausstellung in Braunschweig »weist auf die Gefahren hin, die vom Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte ausgehen, und informiert über die verschiedenen Facetten des Rechtsextremismus«.

BUSINESSINSIDER
23. SEPTEMBER 2022

Nach dem Befehl Putins zur Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte äußert sich der Leiter des Russlandprogramms der FES, Alexey Yusupov, im *BusinessInsider* zur Situation: »Russland steht unter Schock. Der gestrige Tag, der 21. September, war für die Bevölkerung vergleichbar erschütternd wie der 24. Februar, als die Ukraine überfallen wurde.« Es herrsche Panik. Viele Menschen würden nun versuchen, das Land zu verlassen.

WDR
30. SEPTEMBER 2022

Der Leiter des FES-Büros in Zypern, Hubert Faustmann, erklärt in der *WDR*-Sendung »Planet Wissen« den Konflikt zwischen dem Nord- und dem Südtteil der Insel, also zwischen dem türkischen und dem griechischen Teil der Bevölkerung.

10

FRANKFURTER RUNDSCHAU
7. OKTOBER 2022

In Deutschland begann vor 50 Jahren die Regierungspraxis, Menschen vom Staatsdienst fernzuhalten, weil sie angeblich nicht die Gewähr boten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Davon betroffen war auch die angehende Lehrerin Doris Fisch. Über die Lehren aus den damaligen Geschehnissen spricht der frühere *FR*-Redakteur Claus-Jürgen Göpfert mit ihr und der Historikerin Alexandra Jaeger von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

RBB INFORADIO
7. OKTOBER 2022

Zur Vergabe des Friedensnobelpreises äußert sich Marcel Röthig, Leiter des FES-Büros für die Ukraine und Belarus, im *Inforadio des rbb*. Er sieht in der Vergabe an den belarussischen Anwalt Ales Bjaljatzki, die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und das ukrainische Center for Civil Liberties ein starkes Zeichen.

11

DEUTSCHLANDFUNK
12. OKTOBER 2022

Wer in Deutschland als Verurteilter eine Geldstrafe nicht bezahlt, kann in Haft kommen. Die Strafrechtsprofessorin Elisa Hoven hat gemeinsam mit anderen Wissenschaftler_innen für die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Papier erarbeitet, in dem Alternativen zur Ersatzfreiheitsstrafe aufgezeigt werden. Darüber berichtet der *Deutschlandfunk*.

N-TV
13. OKTOBER 2022

Christoph Mohr, der das Büro der FES in Kasachstan leitet, spricht bei *n-tv* von großen Potenzialen für eine Vertiefung der deutsch-kasachischen Beziehungen. Kasachstan sei zwar noch immer eng mit Russland verbunden. Das Land versuche derzeit aber, sich aus der russischen Einflusszone zu entfernen – unter anderem, um Sekundär-Sanktionen zu entgehen.

TAGESSPIEGEL
18. OKTOBER 2022

Zum Einsatz iranischer Drohnen durch russische Truppen im Krieg gegen die Ukraine äußert sich Magdalena Kirchner, Direktorin des FES-Büros für Jemen und Jordanien, im *Tagesspiegel*: Der Einsatz der Drohnen außerhalb des Nahen Ostens »bedeutet eine Eskalation der iranischen Politik, die Bemühungen gerade westlicher Staaten, die Atomfrage von anderen Konfliktthemen mit Iran zu trennen, vor den Augen der Weltöffentlichkeit ad absurdum führt«.

DEUTSCHLANDFUNK
1. NOVEMBER 2022

Zur Nutzung erneuerbarer Energien in Ägypten spricht der *Deutschlandfunk* mit Julia Terrapon-Pfaff vom Wuppertal-Institut, die für die FES eine Studie verfasst hat: Vom Ziel von 42 Prozent Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen in wenigen Jahren sei Ägypten noch weit entfernt, sagt Terrapon-Pfaff.

TAGESSCHAU
5. NOVEMBER 2022

Richard Probst, Leiter des FES-Büros in Kairo, sagt in der *Tagesschau* über die Weltklimakonferenz: »Das wird eine interessante Frage in Sharm El-Sheikh sein, inwiefern die ägyptische Verhandlungsführung das zusammenbringt: das eigene wirtschaftliche finanzielle Interesse an der Hebung der Gasvorkommen, der Verflüssigung von Gasvorkommen, und gleichzeitig eine Abwendung von fossilen Energieträgern – die notwendig ist, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.«

TABLE.MEDIA
16. NOVEMBER 2022

In seinem Newsletter zu Bildung berichtet *table.media* über eine Studie der FES: »Wie sollen die tausenden Schulen ausgewählt werden, die Geld und gute Bauten erhalten? Diese Frage brennt – und wird nun von einer Gruppe von Fachleuten mit einer einfachen Formel beantwortet: Schulen mit vielen Schülern, die in Hartz-IV-Familien leben, erhalten die Förderung.«

TAGESSCHAU
19. NOVEMBER 2022

Nach einem Anschlag in Istanbul, der kurdischen Extremist_innen zugerechnet wird, gerät die Partei HDP unter Druck, sich zu distanzieren. Henrik Meyer, Leiter des FES-Büros in Istanbul, sagt dazu in der *Tagesschau*: »Ich fand die Äußerungen der HDP sehr deutlich. Zum Beispiel hat der inhaftierte Vorsitzende Selahattin Demirtas das als Terror bezeichnet, der unter keinen Umständen hinnehmbar sei.« So direkt passiere dies vonseiten der HDP eher selten. »Es gab keine dezidierte Abgrenzung von der PKK, aber ich glaube, aus dem Denken heraus, dass dies auch so lange nicht notwendig ist, so lange aus Sicht der HDP die PKK nicht verantwortlich ist.«

11

TAGESSPIEGEL
29. NOVEMBER 2022

36 Der *Tagesspiegel* berichtet über die Ehrung des sudanesischen Menschenrechtlers Rifaat Makkawi durch die FES: »Der Anwalt und Aktivist kämpft seit Langem für die Schwachen, kümmert sich um die Opfer von Willkür, Vertreibung und Gewalt. Es geht ihm dabei um Gerechtigkeit, die Versöhnung erst möglich macht. Dafür wird der 59-Jährige mit dem diesjährigen Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung geehrt.«

ZEIT ONLINE
30. NOVEMBER 2022

Unter dem Titel »Das sind die Schlupflöcher der Superreichen«: Unter diesem Titel berichtet *ZEIT online* über eine Studie der FES zum Thema Erbschaftsteuer: »Wer in Deutschland ein extrem hohes Erbe erhält, muss darauf oft keine Steuern zahlen. Berechnungen zeigen: Dem Staat entgehen dadurch zehn Milliarden Euro – pro Jahr.«

12

AACHENER ZEITUNG
4. DEZEMBER 2022

Die *Aachener Zeitung* berichtet über die Reise des FES-Vorsitzenden Martin Schulz in die Türkei. Es sei eine Reise »mit Signalwirkung«. Bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, stellt Martin Schulz heraus, dass die Herstellung sozialer Demokratie im Wohlfahrtsstaat die Grundvoraussetzung für die Demokratie sei.

DEUTSCHE WELLE
12. DEZEMBER 2022

Die politische Lage in Bosnien bewegt immer mehr Menschen dazu, dem Land den Rücken zu kehren. »Es sind vor allem Menschen mit bürgerlichen, demokratischen Überzeugungen, die scharenweise das Land verlassen«, erklärt Tanja Topic vom FES-Büro in Sarajevo der *DW*.

DEUTSCHE WELLE
18. DEZEMBER 2022

In Mali wird die Arbeit für Nichtregierungsorganisationen immer schwieriger, da die Regierung eine enge Überwachung anstrebt. »Es ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Überwachung von malischen und ausländischen Organisationen, die tendenziell eher für demokratische Grundwerte stehen«, analysiert der Leiter des FES-Büros in Bamako, Christian Klatt, die Entwicklungen für die *DW*. »Ähnliches können wir in anderen autoritär regierten Staaten auch sehen, etwa in Russland.«

REGENSBURGER ZEITUNG
27. DEZEMBER 2022

Die *Regensburger Zeitung* berichtet über das FES-Planspiel Kommunalpolitik, bei dem Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Kommunalpolitiker_innen Einblicke in die politische Arbeit bekommen. In Sitzungen gemeinsam mit Lokalpolitiker_innen können sie Anträge einbringen und beraten. Der Bürgermeister habe das Engagement und aufrichtige Interesse der Schüler_innen gelobt und ihnen nahegelegt, sich in Zukunft vor Ort zu engagieren, schreibt die Zeitung.

AUGSBURGER ALLGEMEINE
30. DEZEMBER 2022

Die *Augsburger Allgemeine* befasst sich mit der international umstrittenen Politik des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić. Dieser versuche, den jungen Staat Kosovo, der international längst nicht von allen Ländern anerkannt sei, zu destabilisieren. Die Zeitung zitiert eine Äußerung des FES-Vertreters in Pristina, René Schlee, derzufolge Vučić eine wechselhafte Politik von Eskalation und Deeskalation bis zur Perfektion etabliert habe. So seien auch die jüngsten Provokationen in erster Linie eine »politische Show von Vučić« gewesen, glaubt Schlee.

ARBEITSBEREICHE

37

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 38 Politische Bildung und Dialog
- 40 Analyse, Planung und Beratung
- 41 Zentrale Aufgaben/Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 42 Internationale Zusammenarbeit
- 44 Die Auslandsbüros
der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 46 Studienförderung
- 47 Archiv der sozialen Demokratie

PREISE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG E.V.

- 49 Das politische Buch
- 49 FES-Filmpreis
- 49 FES-Menschenrechtspreis
- 49 Hans-Matthöfer-Preis
für Wirtschaftspublizistik

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 50 Erich-Brost-Sondervermögen
- 50 Franziska-und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 50 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwierigen Bedingungen demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät. Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Sie basieren auf den Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Dabei nutzen sie vielfältige methodische, insbesondere partizipative Ansätze. Eine Vielzahl neuer digitaler Formate ist durch gezielte Förderung in den Vorjahren und ihren Einsatz insbesondere während der Corona-Pandemie entstanden: Web-Seminare, Live-Streams, Blogs, YouTube-Videos, Podcasts, Online-Barcamps, E-Paper-Reihen, Erklärfilme, Messenger-Spiele, Online-Quiz oder Apps fürs Mobiltelefon. Auch jenseits von pandemiebedingten Einschränkungen werden digitale Formate eingesetzt, teils in Kombination mit Präsenzformaten (hybrid), um ein breiteres Publikum zu erreichen, insbesondere Jugendliche.

Politische Bildung und Dialog

Die Abteilung Politische Bildung und Dialog (PBD) bietet politische Bildung und Beratung in allen 16 Bundesländern und berät an den Standorten Berlin und Bonn zu ausgewähl-

ten Politikfeldern, etwa zum Themenschwerpunkt »Demokratie«, zu »Politik in Ostdeutschland« oder zu »Jugend und Politik«.

Im Referat Engagement, Qualifizierung und Digitale Bildung (EQD) mit Sitz in Bonn qualifizieren fünf Fachteams bundesweit Bürgerinnen und Bürger für aktive Teilhabe in verschiedenen Politikbereichen, bilden Arbeitnehmer_innen, Jugendliche, Medienschaffende und kommunalpolitisch Engagierte weiter und vermitteln Kompetenzen für digitale Formate und Medien. Das Team Digitale Bildung agiert als Motor für innovative digitale Bildung in die Stiftung hinein, schafft Standards für die digitale Bildungsarbeit und vermittelt Kolleg_innen und Trainer_innen entsprechende Kompetenzen. Mit den digitalen Angeboten der OnlineAkademie, des Debattenportals sagwas und von FES digital wirkt das Team auch nach außen.

Im Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI) am Standort Berlin stehen Grundsatzfragen der Sozialen Demokratie, Innovationen der politischen Bildungsarbeit sowie demokratische und gesellschaftliche Entwicklungen im Fokus. Das Referat bündelt Kernfragen der politischen Bildung und Beratung zum Arbeitsschwerpunkt Demokratie. Es erarbeitet Leitlinien zur Förderung von Innovationen in der gesamten Abteilungsarbeit. Im Aufbau begriffen ist eine digitale Kommunikationsplattform, die künftig progressive Politikansätze aus den Bundesländern



Das Klima-Handbuch für Kommunen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland

Den solidarisch-ökologischen Wandel erfolgreich gestalten

Barbara Grill,
Dr. habil. Sabine Hafner,
Dr. Nina Hehn, Lena Kopp,
Prof. Dr. Manfred Miosga,
Mara Neidlinger,
Janis Schiffner



Demokratie lohnt sich!

Für ein wertschätzendes Miteinander und eine lebendige Demokratie

Ein Praxishandbuch

Jürgen Heckel,
Sara Hoffmann-Cumani,
Thomas Purucker

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DEUTSCHLAND

Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



bündelt und sie politischen Partnern und der interessierten Öffentlichkeit aufbereitet zur Verfügung stellt.

Die KommunalAkademie hat ihr digitales Angebot ausgeweitet: Im Selbstlernkurs »KommunalAkademie digital« können ehrenamtliche Kommunalpolitiker_innen aus ganz Deutschland zeit- und ortsunabhängig grundlegende Kenntnisse der Kommunalpolitik erwerben.

Die Landes- und Regionalbüros greifen bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen auf, die sie dezentral auch im ländlichen Raum für ein breites Publikum aufbereiten. Beispielhaft für innovative Formate in der landespolitischen Arbeit sind seit April 2022 die Projektstage »Mobil in Thüringen«. Mit Hilfe dieser Form der aufsuchenden politischen Bildung werden insbesondere politik- oder demokratieferne Menschen im ländlichen Raum Thüringens angesprochen, die über tradierte Formen der politischen Bildung nur schwer zu erreichen sind und die für Demokratie und politische Teilhabe wieder gewonnen werden sollen. Der Arbeitsschwerpunkt »Aufsuchende Politische Bildung« wurde zum Jahresende auch in anderen Bundesländern ausgebaut und wird im kommenden Jahr weitere Verstärkung erfahren.

Das Landesbüro Rheinland-Pfalz gestaltete mit einem Workshop für die europäische Jugend und einer Fachkonferenz den Hambacher Demokratie Dialog (HDD) unter dem Motto »Fokus 2022: Die Resilienz der Demokratie in Europa stärken«. Der HDD leistet an einem für die deutsche und europäische Demokratiegeschichte zentralen Ort einen wesentlichen Beitrag zur FES-weiten Themenlinie »Souveränes Europa« als Plattform für den Austausch europäischer Akteur_innen zu progressiver europäischer Politik.

Im Laufe des Jahres organisierte die Abteilung Politische Bildung und Dialog on- und offline knapp 1940 Veranstaltungen für rund 43.700 Interessierte. Hinzu kamen etwa 90 Publikationen, überwiegend Online-Formate und E-Papers.

Analyse, Planung und Beratung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung (APB) der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar der Sozialen Demokratie. Durch empirische Sozialforschung und andere Instrumente spürt sie Trends in der Gesellschaft sowie in der politischen Debatte auf. Sie testet neue Ideen der Sozialen Demokratie und lotet das Zustimmungspotenzial in unterschiedlichen Milieus der Gesellschaft aus. Darüber hinaus bietet sie mit diversen Formaten politischen und gewerkschaftlichen Entscheidungsträger_innen Beratung zu sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen. APB bringt Expertise aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammen, um evidenzbasierte Beiträge zu aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu leisten. In drei Publikationsreihen – FES diskurs, FES impuls, FES kompakt – veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und Studien ebenso wie kurze handlungsorientierte Analysen für Multiplikator_innen und Expert_innen.

Zu ausgewählten Themen veranstaltet die Abteilung große öffentliche Kongresse, bei denen neue Ideen und inhaltliche Impulse mit einem Kreis von deutschen, europäischen und internationalen Wissenschaftler_innen und Entscheidungsträger_innen diskutiert werden. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit neuen progressiven Ideen zur Gestaltung eines gerechten Wirtschafts- und Sozialsystems angesichts von Megatrends wie Digitalisierung, Klimawandel und wachsender sozialer Ungleichheit sowie zu Zeiten multipler Krisen. Ideen zur Gestaltung einer Vielzahl von Politikfeldern werden außerdem in kleinen Gesprächs- und Arbeitskreisen formuliert, diskutiert und empirisch unterfüttert.

Zu den Aufgaben des Referats Analyse und Planung zählen die Analyse von gesellschaftspolitischen Trends durch repräsentative Meinungsumfragen und wissenschaftliche



Positive Maßnahmen für mehr Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung

Ein Rechtsgutachten

Constanze Janda,
Milena Herbig



Die europäischen Fiskalregeln und die deutsche Schuldenbremse

Reformoptionen

Jan Priewe

Studien. Zudem initiiert das Referat Prozesse der stiftungsweiten Zusammenarbeit, die in Fokusprojekten umgesetzt werden, und schafft öffentliche Räume für den Austausch mit Politiker_innen, Intellektuellen und Kulturschaffenden.

Während sich das Referat Analyse und Planung mit übergeordneten Trends und Debatten befasst, berät das Referat Beratung zu einem breiten Spektrum von Politikfeldern: Arbeit, Qualifizierung und Mitbestimmung, Bildung und Wissenschaft, Digitalisierung, Finanzen und Wirtschaft, Gender und Familie, Klima, Energie und Umwelt, Kultur und Medien, Migration und Integration, Recht, Freiheit und Sicherheit, Stadtentwicklung, Bau, Wohnen und Mobilität, Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Zentrale Aufgaben/Managerkreis

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (MK) ist ein mitgliederbasiertes sozialdemokratisches Wirtschaftsnetzwerk, das als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik fungiert. Die Mitglieder sind Führungskräfte, Unternehmer_innen und Selbstständige aus allen Branchen der Wirtschaft, aus Gewerkschaften, Kultur, Verbänden und Verwaltung. Das 1991 gegründete Netzwerk hat gegenwärtig knapp 900 Mitglieder mit besten Kontakten in die Parlamente und Ministerien.

Acht Regionalkreise fördern in enger Kooperation mit den FES-Landesbüros den Austausch der Mitglieder mit der Politik vor Ort. Fünf thematische Arbeitskreise entwickeln Impulse für eine innovative, ökologische und sozial gerechte Zukunft. Ziel ist die Gestaltung der Transformation vor dem Hintergrund der vielfältigen Auswirkungen der Zeiten-

wende. Das Netzwerk bietet Beratung aus Unternehmensperspektive an und entwickelt Positionen aus sozialdemokratischer Sicht.

Inhaltliche Grundlage bildet seit 2019 ein Szenarienprozess, aus dem unter dem Titel »Created by Germany« ein wünschenswertes Szenario für 2035 abgeleitet wurde. Der »Monitor Deutschland 2035« unterlegt die zugehörigen Handlungsempfehlungen mit Indikatoren. Anhand von 30 Infografiken werden Trends und Handlungsbedarfe aufgezeigt. Am Jahresende wurde eine Aktualisierung des »Monitor Deutschland 2035« herausgegeben, begleitet von einer Social-Media-Kampagne, um weitere Zielgruppen zu erreichen.

Hochrangige Hintergrundgespräche exklusiv für Mitglieder werden ergänzt durch Debattenangebote für die Öffentlichkeit. Business Meetings für Frauen vor Ort wurden erweitert durch die Online-Reihe »Ladies First«, etwa mit der Unternehmensberaterin Katrin Suder zum Thema »Technologie als geopolitisches Machtinstrument«. Für FES-Stipendiat_innen vermittelt der Managerkreis Coachings, die sie in der Phase des Berufseinstiegs unterstützen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzt der MK verschiedene Kanäle: Sehr gut angenommen wird weiterhin die Podcast-Reihe »Managerkreis-Impulse«, die durch 19 neue Folgen ergänzt wurde. Die aus Hybrid- oder Online-Veranstaltungen hervorgehenden YouTube-Filme wurden fortgesetzt. Der rund 20-minütige Film zur Veranstaltung »Sustainable Finance und die EU-Taxonomie. Wie lässt sich Wachstum nachhaltig finanzieren?« wurde fast 1.000-mal aufgerufen. Der Managerkreis organisierte im Lauf des Jahres 89 Veranstaltungen – online, hybrid und wieder vermehrt in Präsenz.



Der Mindestlohn von 12 Euro ist da – und nun?

Ursachen wachsender Durchsetzungsprobleme und Maßnahmen zur Verbesserung

Gerhard Bosch, Frederic Hüttenhoff



Gaspreis deckeln, Gas einsparen

Eine europäische Initiative zur Bewältigung der Energiekrise

Karsten Neuhoff

Internationale Arbeit

Enorme Herausforderungen bestimmten 2022 die internationale Arbeit der FES: Die Klimakrise dominierte mit Naturkatastrophen, Waldbränden und Hitzewellen weltweit die Schlagzeilen, die Corona-Pandemie mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist noch nicht ausgestanden, und seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit unmittelbaren Auswirkungen auch für Deutschland, die Europäische Union und die Welt. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen hat die internationale Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung ihren organisatorischen Umbau abgeschlossen und die inhaltliche Arbeit neu ausgerichtet.

Internationale Zusammenarbeit

Drei Tage nach Kriegsbeginn verkündete Bundeskanzler Scholz im Deutschen Bundestag die »Zeitenwende«. Die damit verbundene Neujustierung der deutschen Außen-, Sicherheits-, Energie- und Entwicklungspolitik ist seither das bestimmende Thema der politischen Debatte. In einer enormen politischen und wirtschaftlichen Kraftanstrengung wurden Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte korrigiert: Sondervermögen wurden geschaffen für die Bundeswehr, zur Abfederung der Auswirkungen der Energiekrise sowie für die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energiequellen. Geopolitisch hat sich die Bundesregierung eine Neujustierung ihrer Politik gegenüber China vorgenommen sowie den Ausbau ihrer Beziehungen zu wichtigen Ländern der G20-Gruppe und darüber hinaus. Allerdings bestimmen nationale Egoismen, Großmachtspolitik, die Schaffung von Einflusssphären und der Kampf um Ressourcen die Tagesordnung, leider auch innerhalb der EU.

Der russische Angriffskrieg hatte unmittelbare Auswirkungen auf die FES-Auslandsbüros in Moskau und Kiew: Das Moskauer Büro musste auf Weisung der russischen Regierung seine Arbeit im Land einstellen und baut derzeit eine neue Struktur im Ausland auf. In Kiew wurden alle Mitarbeiter_innen bei Kriegsbeginn evakuiert, mittlerweile ist ein Großteil der Kolleg_innen zurück und hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Unterdessen hat die internationale Abteilung der FES ihren organisatorischen Umbau abgeschlossen und ihre inhaltliche Ausrichtung neu justiert. Die vier strategischen Beratungsfelder Soziale Demokratie, Frieden und Sicherheit, Energie- und Klimagerechtigkeit sowie Gute Arbeit und gerechte Wirtschaft entsprechen den wichtigsten globalen Herausforderungen und der Nachfrage aus dem Partnerumfeld nach guten Beratungsprodukten. Die traditionell starke Gewerkschaftsarbeit sowie Programme zur Geschlechtergerechtigkeit ergänzen die internationale Arbeit der FES.

Es wurden zahlreiche herausragende Produkte entwickelt. So fand ein stark beachteter Zeitenwende-Kongress in der FES statt und ein stiftungsweites Fokusprojekt zur Zeitenwende wurde aufgelegt. Die G7-Präsidentschaft Deutschlands begleitete die Stiftung mit Formaten wie »Labour7«, »Think7« und »Women7«. Dabei wurden die Perspektiven des globalen Südens für eine gendergerechte globale Wirtschaft und Arbeitswelt einbezogen. Mehrere Analysen zu China und Russland lieferten wichtige Beiträge zur Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik.

Nationale und regionale Entwicklungen spielten ebenfalls eine Rolle: Die FES-Auslandsbüros analysierten z. B. die Präsidentschaftswahlen in Frankreich, die Proteste in Kasachstan, die Wahlen in Brasilien oder Italien ebenso wie das gescheiterte Verfassungsreferendum in Chile.



Zeitenwende
Russlands Krieg als Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschlands
Alexandra Dienes,
Christos Katsioulis



Chinas Rolle im multilateralen Handelssystem
Tendenzen, Impulse und Folgen für Deutschland und die Europäische Union
Stefan Pantekoek,
Yvonne Bartmann und
Hajo Lanz (Hrsg.)

Im Beratungsfeld *Soziale Demokratie* untersuchte eine empirische Studie in Kooperation mit der Yale University mit über 10.000 Teilnehmer_innen den Zusammenhang von Polarisierung und Demokratie. Die Ergebnisse wurden u. a. in Budapest, Wien und Brüssel prominent vorgestellt und diskutiert. In einer weiteren Studie wurde die Rolle von Bürgerräten untersucht. Die zweite Nahost-Jugendstudie befragte über 12.000 junge Menschen in zwölf Ländern zu ihren politischen Einstellungen, Hoffnungen, gesellschaftlichen Werten sowie zu ihrer Meinung zu Migration, Wirtschaft und dem Einfluss der Covid 19-Pandemie.

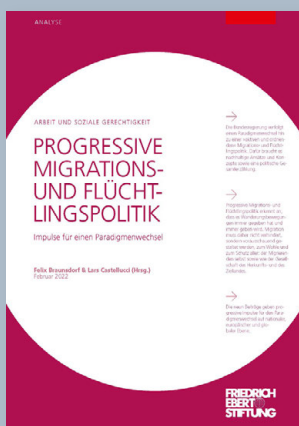
Frieden und Sicherheit standen aufgrund der Krisenherde im Fokus der FES-Arbeit, insbesondere die Zeitenwende, die Sicherheitsbedrohung durch Russland sowie eine neue Russland- und Chinapolitik. Eine Umfrage in Lateinamerika konstatierte sehr positive Einstellungen gegenüber der EU. Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung wurden prominent in Westafrika und Lateinamerika debattiert. Daraus entstanden Empfehlungen für nationale und regionale Politik. Ein zweijähriger Szenarienprozess beleuchtete Asiens neue Geopolitik und die Weltordnung von morgen.

Den Höhepunkt der Aktivitäten zur *Energie- und Klimagerechtigkeit* stellte die UN-Klimakonferenz COP in Ägypten dar, bei der die FES mit einer 50-köpfigen internationalen zivilgesellschaftlichen Delegation, einem Themenportal, mehreren Veranstaltungen mit Livestreams und Beiträgen in Social Media vertreten war. Das Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien im Mittleren Osten und Nordafrika wurde in einem Transformationsmodell entwickelt und mit politischen Entscheidungsträger_innen sowie der Zivilgesellschaft öffentlich diskutiert. Zu den Auswirkungen des Klimawandels auf geopolitische Dynamiken in Europa wurden eine Publikation sowie Kurzvideos erstellt und debattiert.

Im Rahmen des Beratungsfelds *Gute Arbeit und gerechte Wirtschaft* wurde in Kooperation mit der IG Metall sowie Gewerkschaften aus dem Automobilsektor Südafrikas, Ghanas und Kenias über das Lieferkettengesetz diskutiert. Dabei wurden die Sorgfaltspflichten sowie die Überwachungs-, Beschwerde- und Regulierungsmechanismen auf Notwendigkeit und Praktikabilität untersucht.

Ein Portal zur Plattformökonomie in 30 europäischen Staaten informiert systematisch über die Situation von Arbeiter_innen in diesem von prekären Arbeitsverhältnissen geprägten Bereich und weist auf die Notwendigkeit eines besseren Arbeitnehmer_innenschutzes in dieser Branche hin. Da junge Menschen oft in prekären Arbeitsverhältnissen mit Null-Stunden-Verträgen, Scheinselbstständigkeit, in schlecht bezahlten Praktika und ohne Zugang zu sozialer Sicherung beschäftigt sind, hat die FES mit der Europäischen Gewerkschaftsjugend eine europaweite Kampagne zum Verbot unbezahlter Praktika entworfen. Die Kampagne wurde im Europäischen Parlament vorgestellt und es wurde eine Resolution beschlossen, welche die EU-Kommission auffordert, Praktika und Lehrstellen fair zu vergüten und ausbeuterische Praktiken zu verhindern.

Geschlechtergerechtigkeit steht im Zentrum der Arbeit des Gender Innovations-Netzwerks (GIN). Es beschäftigte sich mit Partnern wie der International Association for Feminist Economics in Genf, dem UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung und dem Deutschen Frauenrat mit Fragen von feministischer Außen- und Entwicklungspolitik. In einer vielbeachteten Blog-Reihe zu den Perspektiven für eine gendergerechte globale Wirtschaft und Arbeitswelt wurden 18 Beiträge veröffentlicht, deren Kernforderungen sich auch im Women7-Abschlussdokument wiederfinden.



Progressive Migrations- und Flüchtlingspolitik

Impulse für einen Paradigmenwechsel

Felix Braunsdorf, Lars Castellucci (Hrsg.)



Neustart Erweiterungspolitik

Warum die Europäische Union den Westbalkan integrieren muss

Eva Ellereit, Stine Klapper

DIE AUSLANDSBÜROS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D. C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Santo Domingo
- 9 San José
- 10 Panama-Stadt
- 11 Caracas
- 12 Bogotá
- 13 Quito
- 14 Lima
- 15 La Paz
- 16 São Paulo
- 17 Santiago de Chile
- 18 Buenos Aires
- 19 Montevideo

Europa

- 20 Lissabon
- 21 Madrid
- 22 London
- 23 Paris
- 24 Brüssel (EU)
- 25 Straßburg (EU)
- 26 Genf (UN)
- 27 Rom
- 28 Prag
- 29 Bratislava
- 30 Wien (OSZE)
- 31 Zagreb
- 32 Budapest
- 33 Belgrad
- 34 Banja Luka
- 35 Sarajevo
- 36 Prishtina
- 37 Tirana
- 38 Skopje
- 39 Athen
- 40 Sofia
- 41 Bukarest
- 42 Chişinău
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 45 Vilnius
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- 48 Tallinn
- 49 Nikosia
- 50 Istanbul
- 51 Ankara

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- 52 Beirut
- 53 Tel Aviv
- 54 Ostjerusalem
- 55 Amman
- 56 Gaza-Stadt
- 57 Aden
- 58 Rabat
- 59 Algier
- 60 Tunis
- 61 Tripolis
- 62 Kairo
- 63 Khartum

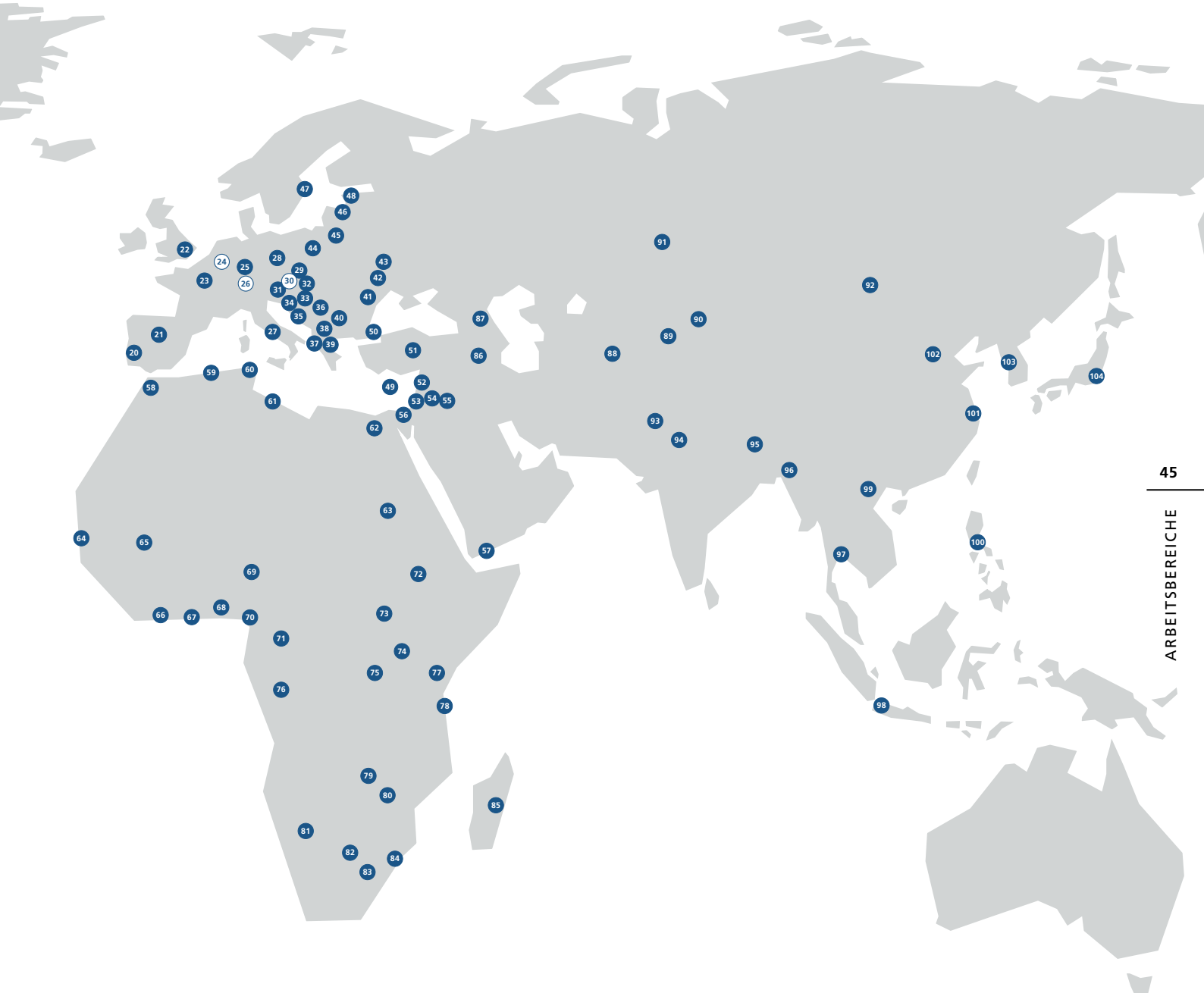
Afrika

- 64 Dakar
- 65 Bamako
- 66 Abidjan
- 67 Accra
- 68 Cotonou
- 69 Abuja
- 70 Lagos
- 71 Jaunde
- 72 Addis Abeba (AU)
- 73 Juba
- 74 Kampala
- 75 Kigali
- 76 Kinshasa
- 77 Nairobi
- 78 Daressalam
- 79 Lusaka
- 80 Harare
- 81 Windhuk
- 82 Gaborone
- 83 Johannesburg
- 84 Maputo
- 85 Antananarivo

Asien

- 86 Eriwan
- 87 Tiflis
- 88 Taschkent
- 89 Bischkek
- 90 Almaty
- 91 Astana
- 92 Ulan Bator
- 93 Islamabad
- 94 New Delhi
- 95 Kathmandu
- 96 Dhaka
- 97 Bangkok
- 98 Jakarta
- 99 Hanoi
- 100 Manila
- 101 Shanghai
- 102 Peking
- 103 Seoul
- 104 Tokio





- Länder-/Regionalbüros
- Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

STAND: MAI 2023

Wissenschaftliche Arbeit

Ihre Begabtenförderung sowie ihre wissenschaftliche Arbeit organisiert die FES durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt begabte und engagierte Studierende aus dem In- und Ausland, die sich sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen. Im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek wird das kollektive Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bewahrt und im gesellschaftspolitischen Diskurs sichtbar gemacht.

Studienförderung

Die Stiftung wurde 1925 zu Ehren Friedrich Eberts als Studienförderwerk gegründet. Damit kam eine Idee in die Welt, die sich als tragfähig und nachhaltig erwiesen hat: Mit der Vergabe von Stipendien an begabte und engagierte Arbeiterkinder wurde und wird Bildungsgerechtigkeit gestärkt, denn Bildung ist grundlegend für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Doch das Ziel war nicht allein »Aufstieg durch Bildung« einzelner Personen. Es ging und geht noch heute auch um den Aufbau und den Erhalt der Demokratie durch die Förderung junger Nachwuchskräfte, die sich ihr verpflichtet fühlen. Damit stand die Stärkung der Demokratie von Beginn an im Zentrum der Stiftungsarbeit. Stipendien sind dafür ein wirksames Instrument, das zahlreiche Nachahmer gefunden hat.

Die Studienförderung berücksichtigt bei der Auswahl besonders Frauen, Studierende aus Einwandererfamilien und junge Menschen, die als Erste aus ihrer Familie studieren. Voraussetzung ist, dass sie sich für eine starke Solidargemeinschaft engagieren und bereit sind, Verantwortung in der Ge-

sellschaft zu übernehmen. Dabei sind alle Fachrichtungen wichtig, denn vielversprechende Nachwuchskräfte werden überall gebraucht: in Politik und Verwaltung, in Gewerkschaften, in Unternehmen, bei Medien, in Schulen und in der Wissenschaft. Im Studium und in ihrem Beruf zeichnen sich FES-Stipendiat_innen durch gesellschaftspolitisches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen aus.

Studienförderung 2022



2.495
Stipendiat_innen

52 %
Frauenanteil

621
neu aufgenommen

4.800
Bewerbungen



Archiv für
Sozialgeschichte
Bd. 62 2022

Sozialgeschichte
der Bildung

Friedrich-Ebert-Stiftung
(Hg.)



Kohäsionskräfte in der
deutschen Sozialdemokratie
vor 1914

Peter Beule, Stefan Müller (Hg.)

Peter Beule, Stefan Müller (Hrsg.)
Kohäsionskräfte in der
deutschen Sozialdemokratie
vor 1914

BEITRÄGE AUS DEM ARCHIV DER SOZIALDEMOKRATIE | HEFT 16

Den pandemiebedingten Herausforderungen hat sich die FES-Studienförderung als solidarisches Netzwerk auch 2022 erfolgreich gestellt. Sowohl die Betreuung und Beratung als auch die finanzielle Förderung der Stipendiat_innen waren in vielen Fällen von existenzieller Bedeutung. Es gelang, die Arbeit trotz stark gestiegener Bewerberzahlen und vielfältiger Belastungen (darunter auch Veränderungen im Rahmen der Digitalisierung) weiterzuentwickeln. Entscheidend dafür war der unermüdliche Einsatz aller Mitarbeiter_innen. Das eigens für die Studienförderung programmierte Community-Portal fördert die Vernetzung und den Austausch der aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen im digitalen Raum.

Auch nach Ende der Förderung ermutigt die Stiftung die derzeit rund 23.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten. Viele Ehemalige übernehmen Führungsaufgaben in Wissenschaft, Forschung, Kultur und Medien oder arbeiten in politischen und politikhnen Organisationen. Sie sind daher wichtige Ansprechpartner_innen bei der Beratung zum Berufseinstieg junger Ehemaliger.

Solidaritätsfonds

1971 wurde auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger der Solidaritätsfonds gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, um verfolgte und in Not geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN: DE52 1007 0000 0938 4744 00

BIC: DEUTDE33XXX

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) ist das historische Gedächtnis der Sozialen Demokratie. Es steht in der Tradition der 1878 von August Bebel gegründeten Parteibibliothek und des -archivs. 1969 wurde es zur Marke AdsD, mittlerweile hat es seine Arbeit in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts überführt. Kernleistungen sind die Sammlung, Sicherung, Bewahrung, Erschließung und Zurverfügungstellung der gedruckten und ungedruckten Unterlagen und anderer Artefakte der Sozialen Demokratie. Das AdsD ist mit seinen Beständen, (digitalen) Dienstleistungen und Produkten ein leicht zugänglicher, international bekannter Wissensspeicher. Es arbeitet gemäß internationalen Standards und nimmt unter den Archiven der deutschen politischen Stiftungen eine führende Rolle für digitale Services und die digitale Langzeitarchivierung ein. Das AdsD bietet Informationen, Bildung und Beratung in verschiedenen Formaten und Kanälen an. Es fördert Netzwerkarbeit und wirkt als demokratischer Wertevermittler und Akteur für Wissenschaft und historisch-politische Bildung.

Die Beratungs- und Vermittlungsarbeit des AdsD verknüpft historische Themen mit Herausforderungen der Gegenwart. Im Jahr 2022 verlieh das AdsD der gesellschaftlichen Diskussion um die »Zeitenwende« in Form von Beiträgen für Social Media und einer Webseite historische Tiefenschärfe und arbeitete die Unterschiede zwischen der Entspannungspolitik Willy Brandts und der deutschen Russlandpolitik seit 1991 heraus. Ferner organisierte das AdsD eine Vielzahl an Veranstaltungen zu politischen und sozialgeschichtlichen Themen vom Kaiserreich bis in die Zeitgeschichte.

Der Ausbau des Webarchivs um ausgewählte Social-Media-Kanäle bildete 2022 einen Schwerpunkt im Bereich digitaler Archivierung. Von besonderem Interesse in der Ar-



Demokratie erlebbar machen – aber wie?

Die Frankfurter Paulskirche und das „Haus der Demokratie“ als Herausforderung und Chance

Peter Beule (Hg.)



Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten

50 Jahre 50 Objekte

Anja Kruke,
Ann Kathrine Maier (Hg.)

chiv- und Bibliothekscommunity war dabei die Vorstellung eines Gutachtens zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Archivierungspraxis. Umfangreiche Aktivitäten wurden mit der Bundesvorstandsverwaltung des DGB mit dem Ziel begonnen, die seit Anfang der 2000er-Jahre angefallenen Unterlagen digital zu archivieren. In einem internationalen Drittmittelprojekt konnte zudem die Digitalisierung von Geschäfts- und Finanzberichten internationaler Berufssekretariate in Angriff genommen werden. Diese Arbeiten werden 2023 fortgeführt und sollen in einem projektbezogenen Portal wie auch auf der Webseite des AdsD aufbereitet zur Verfügung gestellt werden.

Die Bibliothek hat ihre stiftungsinterne Netzwerkarbeit intensiviert. Beispielsweise erzielte ihre Beteiligung am »Marktplatz der Möglichkeiten« im Rahmen der Einführungsseminare für FES-Stipendiat_innen eine erfreuliche Resonanz. Weiterhin wurde die Einführung von Creative Commons-Lizenzen für deutsche FES-Publikationen gemeinsam mit der Stabsstelle Kommunikation erfolgreich vorbereitet. Ihren Bestand konnte die Bibliothek durch eine umfassende Sammlung gewerkschaftlicher und weiterer grauer Literatur (Broschüren, nicht im Buchhandel erhältliche Publikationen) aus der Sammlung des im Jahr 2021 verstorbenen Gewerkschafters Udo Achten anreichern. Daneben wurde mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund vereinbart, dass die Bibliothek künftig sämtliche dem DGB zustehende Restitutionsansprüche wahrnimmt. Auf dieser Grundlage wird sie in den kommenden Jahren Rückgaben aus diversen Projekten zur Provenienzforschung übernehmen.

Archiv der sozialen Demokratie 2022



3.460

Anfragen

12,3 Mio

Zugriffe auf
FES-Publikationen

146 Tsd.

Seiten Archiv-
und Bibliotheksgut
digitalisiert

37

Social-Media-
Kanäle erstmalig
digital archiviert

862

Neue
FES-Publikationen
weltweit (online)

1.905

Nutzungstage
Lesesaal Archiv

Das Museum Karl-Marx-Haus in Trier, einzigartiger historischer Lernort zu Leben, Werk und Wirkung des Universalgelehrten, zog 32.000 Besucher_innen an. Durch die Erfahrungen der Pandemie und auf Grundlage der Wünsche der Besucher_innen wird das digitale Angebot erweitert. So wird eine Museums-App entwickelt und geht 2023 an den Start. Außerdem befindet sich ein Online-Museumsshop in Vorbereitung. Vor Ort ist das Museum mit Lesungen, Vorträgen und Sonderausstellungen zur historisch-politischen Bildung präsent.

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Der Jurist, Journalist und Erzähler Geert Mak bekam am 10. Mai den Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung überreicht von Martin Schulz.

Das politische Buch

Der Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung ging 2022 an den Juristen, Journalisten und großartigen Erzähler Geert Mak für sein Buch »Große Erwartungen. Auf den Spuren des europäischen Traums«. Beeindruckend dicht und mit fast unheimlicher Voraussicht beschreibt der Autor die sich zuspitzenden politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Spannungen der vergangenen zwei Jahrzehnte in Europa – noch nicht wissend, dass es zum Schlimmsten kommen würde. Wer begreifen will, wie es zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kommen konnte, sollte Geert Mak lesen. »'Große Erwartungen' ist ein Aufruf an uns alle, den europäischen Traum lebendig zu halten und weiterzuentwickeln«, so die Jury in ihrer Begründung.

Im Rahmen der Preisverleihung am 10. Mai in Berlin diskutierte der Preisträger mit dem Vorsitzenden der FES Martin Schulz und Dr. Maria Skóra, Polen-Expertin und Policy Fellow beim Progressiven Zentrum, darüber, wie wir den europäischen Traum in diesen schwierigen Zeiten retten können.

Der Preis »Das politische Buch« zählt zu den wichtigsten Sachbuchpreisen im deutschen Sprachraum. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht ihn jährlich für eine herausragende Neuerscheinung, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt und richtungsweisende Denkanstöße gibt. Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury.

www.fes.de/preis-das-politische-buch

FES-Filmpreis

Seit 2013 verleiht die Friedrich-Ebert-Stiftung jedes Jahr beim Filmfest Hamburg einen Preis für den besten politischen Film. Den Filmpreis 2022 erhielt Daniel Goldhaber für „How to Blow up a Pipeline“. Der Thriller begleitet militante Umweltaktivist_innen, die eine Ölpipeline sabotieren. Die Jury lobte, dass der Film einen cineastischen Vorgeschmack auf Radikalisierungsszenarien innerhalb der Klimaschutzbewegung biete und so Diskussionen über den Klimaschutz anrege.

www.fes.de/julius-leber-forum/themen/der-politische-film

FES-Menschenrechtspreis

Mit dem FES-Menschenrechtspreis wurde im Jahr 2022 der Anwalt Rifaat Makkawi geehrt, der sich beharrlich für Opfer von Gewalt und Vertreibung im Sudan engagiert. Mitgedacht wurden das gemeinnützige Rechtsberatungszentrum PLACE (People's Legal Aid Center), das Opfer staatlicher Übergriffe unterstützt, und die INSAF-Kampagne für Übergangsgerechtigkeit (Transitional Justice), beide von Makkawi mitgegründet. Makkawi und seine Mitstreiter_innen trotzten dem Machtmissbrauch der militärdominierten Regierung, die sich im Oktober 2021 an die Macht putschte. Mit der Preisverleihung betonte die Stiftung die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure in einem Land, dessen Eliten oft nicht im Interesse der Bürger_innen handeln. Die Preisverleihung fand am 29. November in Berlin statt.

www.fes.de/menschenrechtspreis

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der renommierte Preis »Wirtschaft weiter denken« der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der FES ging 2022 an den US-amerikanischen Philosophen Michael J. Sandel für sein Buch »Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt« und die deutsche Journalistin Julia Friedrichs für ihr Buch »Working Class – Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können«. Sandel kritisiert in seinem Werk die Orientierung der Einkommensverteilung an gängigen Leistungskriterien und zeigt, dass dadurch das Gemeinwohl als Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft vernachlässigt wird. Friedrichs liefert eine eindrucksvolle Dokumentation des Phänomens »Armut trotz Arbeit« in Deutschland. Der Preis wurde am 30. Mai beim Tag der Progressiven Wirtschaftspolitik der FES in Berlin verliehen.

www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik



Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925 – 2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt, der selbst auch dem Beirat der Stiftung angehörte. Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um Werke, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen für die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Die Stiftung verleiht jährlich unter dem Motto »Wirtschaft weiter Denken« den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik. Im Mai konnte er zum achten Mal vergeben werden. Der Hauptpreis ging an Michael J. Sandel für sein Buch »Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt«. Der Sonderpreis ging an Julia Friedrichs für ihr Buch »Working Class – Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können«.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. Bis 1959 war er Oberbürgermeister von Braunschweig, 1959 bis 1967 diente er als Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher, 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete unselbstständige Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung in der FES fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2022 förderte die Stiftung folgende Projekte:

- die Fachtagung »Sozial-ökologische Transformation – Anforderungen im Hinblick auf die Interessen von Arbeit-

nehmer_innen und Erwerbslosen«; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

- die Fachtagung »Philosophie und Politik – 100 Jahre Philosophisch-Politische Akademie (PPA) und Society for the Furtherance of Critical Philosophy (SFCP)«; Philosophisch-Politische Akademie (PPA)
- Veranstaltungen und Publikationen in den Arbeitsbereichen Wirtschaft und Arbeit sowie Ressourcen- und Klimaschutz des Referats Beratung in der Abteilung Analyse, Planung und Beratung (APB) zu den Themenschwerpunkten Regionale Disparitäten, Wasserstoff, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft
- Veranstaltungen und Publikationen des Projekts »New Economy Forum« (NEF)
- Veranstaltungen und Publikationen des Projekts »Dezernat Zukunft«; Berliner Sekretariat Dezernat Zukunft
- Veranstaltungen und Publikationen des Projekts »Fiscal-Future«

Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903 – 1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er zusammen mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als Sondervermögen Erich Brost in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne ihres Gründers Aktivitäten zu den folgenden Themen:

- Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- bürgerschaftliches Engagement
- Bildungspolitik
- Inklusion

Trotz Covid-19-bedingter Einschränkungen ließen sich alle geplanten Maßnahmen im Jahr 2022 umsetzen. Dazu gehörte u. a. das 33. Bautzen-Forum zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der DDR-Aufarbeitung. Ebenso fanden der Deutsch-Polnische Dialog zur Europäischen Integration sowie die Jahreskonferenz eines internationalen Netzwerks zivilgesellschaftlicher Organisationen statt, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Xenophobie verschrieben haben.

52 Organisationsplan
54 Jahresabschluss zum 31.12.2021
60 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen
61 Die Gender-Leitlinien der FES
62 Die Nachhaltigkeitsstrategie der FES
63 Mitglieder des Vorstands
64 Mitglieder des Vereins
65 Mitglieder des Kuratoriums
65 Mitglieder des Auswahlausschusses
der Studienförderung
66 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung
74 Anschriften

76 Impressum

ANHANG

Organisationsplan

STAND: MAI 2023

Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

VORSTAND **Vorsitzender:** Martin Schulz **Stellvertretende Vorsitzende:** Daniela Kolbe, Reiner Hoffmann

Stabsstelle Kommunikation
Adrienne Woltersdorf

Strategische Kommunikation und Markenführung
Sarah Tangen

Digitale Kommunikationsentwicklung
Tobias Metz

Redaktion und Community Management
Reimar Winkler

Presse und Präsentation
Johannes Damian

Antikorruptionsbeauftragte
Birgit K. Schultz

Datenschutz
Dr. Georg Wronka, R.A.

Gleichstellungsbeauftragte
Carola Bock

Koordination Gender
Dr. Stefanie Elies

Managerkreis der FES
Marei John-Ohnesorg

Revision
Birgit K. Schultz

Steuerungsgruppe Organisationsentwicklung

Analyse, Planung und Beratung
Dr. Andrä Gärber

Analyse und Planung
Catrina Schläger
Empirische Sozial- und Trendforschung: Jan Niklas Engels
Kultur und Debatten: Sarah Klaussner
Stiftungsweite Projekte: Martin Güttler
Umfeldanalysen und Debatten: Dr. Robert Philipps

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte
Chefredakteur: Dr. Richard Meng
Dirk Kohn
Gaby Rotthaus

Politische Beratung und Impulse
Julia Bläsius
Arbeit, Qualifizierung und Mitbestimmung: Susan Javad
Bildung, Forschung und Innovation: Florian Dähne
Digitalisierung: Stefanie Moser
Familien- und Geschlechterpolitik: Vanessa Kiesel
Klima-, Energie- und Umweltpolitik: Max Ostermayer
Kultur und Medien: Marie von der Heydt
Migration und Integration: Joana Marta Sommer
Recht, Freiheit und Sicherheit: Marius Müller Hennig
Soziales: Iva Figenwald
Stadtentwicklung, Bau, Wohnen und Mobilität: Lisa Pfann
Wirtschaft und Finanzen: Markus Schreyer
Wirtschafts- und Strukturpolitik: Vera Gohla

Politische Bildung und Dialog
Dr. Manuela Erhart
Stellvertretung: Dr. Irina Mohr

Demokratie, Gesellschaft und Innovation
Dr. Stefanie Elies
Akademie für Soziale Demokratie: Jochen Dahm
Demokratie und Partizipation: Alina Fuchs
Gegen Rechts: Franziska Schröter
Geschlechtergerechtigkeit und Gender: Dr. Ursula Bitzegeio
Kultur und Politik / Ostdeutschland: Franziska Richter
Zusammenhalt in Vielfalt: Philipp Kauppert

Engagement, Qualifizierung, Digitale Bildung
Dr. Irina Mohr
Digitale Bildung: Katrin Matuschek
Engagement in Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft: Anne Haller
Jugend und Politik: Ina Koopmann, Kerstin Ott
Qualifizierung für Arbeitnehmer_innen und Journalist_innen Jochen Reeh Schall

Landes- und Regionalbüros
Bayern (München/Regensburg): Simone Reperger / Eva Nagler
Berlin: Felix Eikenberg
Brandenburg: Urban Überschar
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg: Florian Koch
Hessen: Simon Schüler Klöckner
Julius-Leber-Forum (Hamburg, Bremen, Schleswig Holstein): Dr. Dietmar Molthagen
Mecklenburg-Vorpommern: Petra Wilke
Niedersachsen: Stephan Meuser
Nordrhein-Westfalen: Severin Schmidt
Rheinland-Pfalz/Saarland: Ellen Diehl
Sachsen (Dresden / Leipzig): Matthias Eisel
Sachsen-Anhalt: Dr. Ringo Wagner
Thüringen: Mirko Hempel

Internationale Zusammenarbeit
Michael Meier
Stellvertretung: Elisabeth Braune

Globale und Europäische Politik
Konstantin Bärwaldt

Innovation und Qualitätsmanagement
Daniel Reichart

Afrika
Dr. Henrik Maihack

Asien und Pazifik
Mirco Günther

Europäische Union/ Nordamerika
Matthias Jobelius

Lateinamerika und Karibik
Valeska Hesse

Naher/ Mittlerer Osten und Nordafrika
Elisabeth Braune

Osteuropa
Kristin Linke, Dr. Helene Kortländer

Querschnittsaufgaben und Thementeam
Europäische Integration: Ralf Hexel

Frieden und Sicherheit: Peer Teschendorf

Geschlechtergerechtigkeit: Katia Schnellecke

Gewerkschaften: Mirko Herberg, Dr. Marc Meinardus

Globale Ökonomie: Sarah Ganter

Klima und Energie: Yvonne Blos

Evaluierung: Seija Sturies

Internationale Politik und Gesellschaft/IPG Journal: Nikolaos Gavalakis

Betriebsrat
Gesamtbetriebsrat Jochen Reeh-Schall
BR Berlin Adriana Hornung
BR Bonn Ann Kathrine Maier

Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen
Marion Fiedler

■ Dem geschäftsführenden Vorstand zugeordnet

Kuratorium	Vorsitzende: MP'in a.D. Hannelore Kraft	Stellv. Vorsitzende: Heike Taubert
-------------------	---	--

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Sabine Fandrych

Studienförderung
Pia Bungarten
Stellvertretung: Judith Illerhues

Ausländische Stipendiat_innen
Judith Illerhues

Auswahl
Martin Weinert

Beratung und Betreuung
Elena Espinosa

Ehemaligenarbeit, Berufsorientierung und journalistische Nachwuchsförderung
Martin Johr

Finanzbetreuung
Carmen Schmitz

Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk
Kathrein Hölischer

Promotionsförderung
Dr. Markus Trömmel

Team Kommunikation
Ines Herr

Archiv der sozialen Demokratie
Dr. Anja Kruke

Erschließung, Beratung und Nutzung in Archiv und Bibliothek
Harry Scholz

Beratung und Nutzung:
Olaf Guercke

Erwerbung und Erschließung Bibliothek:
Marcus Sommerstange

Erschließung Archiv:
Harry Scholz

Infrastrukturen und digitale Grundsatzfragen
Dr. Andreas Marquet

Karl-Marx-Haus Trier
Dr. Jürgen Schmidt

Public History
Dr. Stefan Müller

Sammlungsprofil und Überlieferungsbildung
Holger Kozanowski

Finanzen und Organisation
Dr. Manfred Öhm

Controlling und Organisation
Axel Schmidt

Informationstechnologien
Volker Schäfer

IT-Betrieb:
Christoph Geyer

IT-Prozessunterstützung:
Volker Schäfer

Koordination Finanzen
Jutta Klemm

Vergabestelle
Tino Ernst

Zentrale Dienste Berlin
Tino Ernst
Hausmanagement, Beschaffung, Bau- und Liegenschaftsmanagement

Zentrale Dienste Bonn
Diana Gohle
Hausmanagement, Post- und Versanddienstleistungen, Hausdruckerei

Personalabteilung
Jürgen Stetten

Grundsatzfragen und Personalentwicklung
Maria Theodossiou

Inland
Phyllis Abay
Naima Becker

Ausland
Judith Löhndorf

Service
Lena Marie Gensheimer

Kompetenzentwicklung und Qualifizierung
Maria Theodossiou
Miriam Esser

Organisationsentwicklung und Projekte
Anja Minnaert
Julia Müller Edelhoff

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2022 (Stand 31.12.2022):

	2022		2021	
	VZÄ*	Personen	VZÄ*	Personen
Mitarbeiter_innen im Inland	527	581	491	542
Mitarbeiter_innen im Ausland	115	119	111	114
Mitarbeiter_innen insgesamt	642	700	602	656
Ortskräfte weltweit		871		889
Insgesamt		1.571		1.545

* Seit 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021

AKTIVA

Angaben in Euro

	01.01.2021	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge/ Umbuchungen	31.12.2021	31.12.2020
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	540.268,00	340.112,45	445.002,45	435.378,00	540.268,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	70.787.505,16	52.581,23	2.530.426,23	68.309.660,16	70.787.505,16
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.635.304,35	1.559.359,42	1.788.486,56	6.406.177,21	6.635.304,35
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	149.066,40	0,00	149.066,40	0,00
	77.422.809,51	1.761.007,05	4.318.912,79	74.864.903,77	77.422.809,51
III. Finanzanlagen	42.478.584,19	289.960,68	0,00	42.768.544,87	42.478.584,19
	120.441.661,70	2.391.080,18	4.763.915,24	118.068.826,64	120.441.661,70
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.515.607,80	8.526.517,05
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				7.226.842,69	4.515.212,71
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				19.568.915,18	28.922.196,72
				26.795.757,87	33.437.409,43
D. Rechnungsabgrenzungsposten				74.800,30	10.621,61
				153.454.992,61	162.416.209,79

PASSIVA

Angaben in Euro

	01.01.2021	Einstellungen/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2021	31.12.2020
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	61.953.133,83	1.144.399,54	1.340.782,08	61.756.751,29	61.953.133,83
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 2.992.228,92 (Vj. EUR 4.333.011,00)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 44.727.074,73 (Vj. EUR 43.723.247,02)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 14.037.447,64 (Vj. EUR 13.896.875,81)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	540.268,00	340.112,45	445.002,45	435.378,00	540.268,00
II. Grundstücke und Bauten	49.850.720,22	52.581,23	2.184.011,02	47.719.290,43	49.850.720,22
III. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.712.168,09	1.559.359,42	1.782.324,56	5.489.202,95	5.712.168,09
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	149.066,40	0,00	149.066,40	0,00
	56.103.156,31	2.101.119,50	4.411.338,03	53.792.937,78	56.103.156,31
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.515.607,80	8.526.517,05
D. Pensionsrückstellungen				2.533.451,00	2.516.927,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				4.323.468,46	4.230.535,90
II. Sonstige Verbindlichkeiten				773.196,40	854.893,00
				5.096.664,86	5.085.428,90
F. Rechnungsabgrenzungsposten				21.759.579,88	28.231.046,70
				153.454.992,61	162.416.209,79

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021

Angaben in Euro

	2021		2020	
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Bundesministerien	184.592.061,61		166.460.856,17	
b) Länder und andere Gebietskörperschaften	3.297.791,67		3.247.116,52	
c) Sonstige Zuwendungsgeber	3.587.537,15	191.477.390,43	2.425.337,53	172.133.310,22
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	137.073,54		160.129,96	
b) Wissenschaftliche Zwecke	125.000,00		100.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	341.469,29	603.542,83	346.379,38	606.509,34
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		4.411.338,03		4.330.946,34
4. Teilnahmegebühren		260.824,77		241.765,28
5. Sonstige Erträge		887.882,29		707.317,10
		197.640.978,35		178.019.848,28
6. Ausgaben aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende	27.727.802,72		26.528.487,13	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	21.358.916,97		20.013.142,29	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft	119.077.369,23		100.679.663,09	
d) Forschungsprojekte	6.421.448,20		6.453.519,57	
e) Förderung von Kunst und Kultur	10.525,56	174.596.062,68	17.701,38	153.692.513,46
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.673.574,44		4.014.250,88
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		2.101.119,50		2.499.167,97
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsausgaben		17.048.269,92		17.723.235,74
10. Mindereinnahmen aus laufendem Betrieb (im Vj.: Mehreinnahmen)		-778.048,19		90.680,23
11. Finanzergebnis		594.207,33		548.819,74
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-183.840,86		639.499,97
13. Außerordentliche Aufwendungen		12.541,68		34.753,71
14. Mindereinnahmen (im Vj.: Mehreinnahmen)		-192.382,54		604.746,26
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		1.340.782,08		1.432.615,87
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		-1.144.399,54		2.037.362,13
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2023 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 31. JANUAR 2023

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	190.646.000
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	3.256.900
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	6.000.000
2. Spenden	570.000
3. Teilnahmegebühren	431.000
4. Sonstige Einnahmen	650.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studierenden und Graduierten</i>	29.455.983
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit</i>	28.759.142
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	112.313.105
<i>Forschungsprojekte</i>	6.405.587
<i>Förderung von Kunst und Kultur</i>	151.614
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen* nachrichtlich	43.982.621
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	21.228.469
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen	3.240.000
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten. Er beträgt 43.982.621 Euro. Darin enthalten sind
Löhne und Gehälter: 34.843.492 Euro
Soziale Abgaben: 9.139.129 Euro

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2021 größter einzelner Zuwendungsgeber. 98,3 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungs-wichtiger Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 5,7 Mio. € für den internationalen Klima- und Umweltschutz. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 104 Mio. €, wovon 14,7 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 32 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diese Aufgabenbereiche entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern Mittel i. H. v. 1,5 Mio. € zur Durchführung von Investivmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 22,4 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,7 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 3,6 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierte in der Bundesrepublik. 18,8 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen. Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,2 Mio. €, wovon 1,2 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region

Mittlerer Osten/Nordafrika verwendet wurden. Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 3,2 Mio. €.

Insgesamt erhöhten sich die 2021 vereinbarten Bundeszuwendungen gegenüber 2020 um 18,1 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 14,6 Mio. €, die AA-Mittel um 3,5 Mio. € und die BMBF-Mittel um 0,9 Mio. € stiegen, während die BMI-Mittel um 0,9 Mio. € sanken.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3,3 Mio. €. Mit 1,8 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Von sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung von entwicklungs-politischen Maßnahmen von verschiedenen Organisationen im Ausland insgesamt 328.000 € zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 261.000 €.

Die Position „Sonstige Erträge“ umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen, dem Kantinenbetrieb in Bonn (insgesamt 59.000 €), Kostenerstattungen (7.000 €), Anlageerlöse (15.000 €), Publikations- und Eintrittserlöse (109.000 €) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (27.000 €).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 175 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 37,8 Mio. € und setzte

sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 29,7 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 8,1 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentralen in Bonn und Berlin sowie an Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Ländern des globalen Südens, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 21,1 Mio. €.

In der Position »Forschungsprojekte« werden Ausgaben für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für die historische Arbeit, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek ausgewiesen.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender_innen Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 603.000 €.

Bescheinigung des Abschlussprüfers

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung des Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentli-

chen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten aufgeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 13. September 2022

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Finsterer
Wirtschaftsprüfer

gez.
Hille
Wirtschaftsprüfer

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Zusammenfassung der Erklärung:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel,

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger_innen mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;

- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen beizutragen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.
info@fes.de

Die Gender-Leitlinien der FES: Geschlechtergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit

Die Arbeit der FES orientiert sich an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Hieraus folgen konkrete politische Ziele, um gleiche Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten zu garantieren – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung. Die Soziale Demokratie war stets Vorreiterin für Geschlechtergerechtigkeit. Das gilt etwa für die Einführung des Frauenwahlrechts (1919) oder für die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau¹. Dieses politische Vermächtnis prägt unser Selbstverständnis. Unsere Überzeugung ist: Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit und keine lebendige, starke Demokratie. Deshalb wollen wir mit unserer Arbeit dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen und tatsächliche Gleichstellung zu erreichen.

Diese Leitlinien geben Orientierung über Ziele, Grundprinzipien und die Arbeitsansätze der FES, um zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für die FES die »Freiheit zu unterschiedlichen und nicht nach Geschlecht vorgezeichneten Seins- und Lebensweisen auf der Basis von Gleichheit in der Verteilung von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung«². Die FES setzt sich in ihrer Arbeit in Deutschland und weltweit daher für die folgenden Ziele ein:

→ **Eigenständige Existenzsicherung, gerechte Einkommensverteilung und gleiche Teilhabechancen**

Das bedeutet unter anderem existenzsichernde Erwerbseinkommen von Frauen, soziale Absicherung und geschlechtergerechte Aufteilung von familiärer Fürsorgearbeit, Abbau der geschlechtsbezogenen Einkommensungleichheit, gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine gesamtgesellschaftliche und politische Verantwortung für Sorgearbeit sowie gleiche Teilhabe von Frauen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.

→ **Würde und Unversehrtheit**

Dazu gehören Bekämpfung von Sexismus, Bekämpfung jeglicher Form von geschlechtsbezogener Gewalt, Schutz vor sexueller Ausbeutung sowie sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen.

→ **Offenheit und Vielfalt**

Das bedeutet Abbau von Geschlechterstereotypen, Freiheit in der Gestaltung von Geschlechterrollen und Familienkonzepten sowie Anerkennung der Vielfalt aller Geschlechter.

Die Grundprinzipien unserer geschlechterpolitischen Arbeit sind:

→ **Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen und Politikfeldern**

Das bedeutet die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, strategisch, methodisch und inhaltlich, in allen Politikbereichen, z.B. Finanzpolitik, Verkehrspolitik, Klimaschutz³, Gestaltung der Digitalisierung.

→ **Geschlechtergerechtigkeit in Europa und der Welt**

Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit sind universelle Ziele für die nationale, europäische und internationale Zusammenarbeit und Politik sowie gleichzeitig Bedingungen für Demokratie, nachhaltige Entwicklung, Armutsreduzierung und Friedenssicherung. Sie orientieren sich an internationalen Abkommen, Instrumenten und Konzepten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und dem UN-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Für unsere Arbeitsansätze nach innen und außen heißt das:

Die FES befördert aktiv die Beachtung des Prinzips des Gender Mainstreaming in allen ihren Zuständigkeits- und Arbeitsbereichen sowie das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit. In unseren Prinzipien der Mitarbeiter_innen-Führung, verantwortet von der Personalabteilung, ist festgehalten: »Führungskräfte in der FES fördern Vielfalt sowie Gender-Gerechtigkeit und setzen sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.« Die Gleichstellungsbeauftragte der FES erfüllt ihre Aufgaben laut § 6 der Gesamtbetriebsvereinbarung für die Mitarbeiter_innen.

Die FES unterstützt und befähigt die Mitarbeiter_innen bei der fachlich-inhaltlichen Umsetzung des Gender Mainstreaming und begleitet sie durch die Gestaltung geschlechtergerechter Prozesse und Strukturen über eine zentrale Genderkoordinierung, mit Genderkoordinator_innen in den Arbeitseinheiten (u. a. in Abteilungen, Referaten, Regionalbüros, Landesbüros), durch Fortbildungen, aber auch als Teil des Qualitätsmanagements durch Monitoring und Evaluation.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, die geschlechtsbezogenen Benachteiligungen zu überwinden. Wir vermitteln in unseren Programmen und Formaten ein gleichberechtigtes, modernes Geschlechterbild. In unserer Gleichstellungsarbeit nehmen wir eine intersektionale Perspektive ein, d.h. wir berücksichtigen das Zusammenwirken von

Geschlecht und weiteren sozialen Kategorien wie Ethnizität, Religion, soziale Position, ökonomische Ungleichheit, Behinderung und sexuelle Orientierung. Diese Kategorien interagieren mit Geschlecht und verstärken häufig soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen. Das Eintreten für eine Überwindung der auf Identität basierenden Benachteiligungen steht nicht im Widerspruch zur Überwindung ökonomischer Ungleichheit, sondern bedeutet, gemeinsam für größere Gerechtigkeit – auch soziale Gerechtigkeit – für immer mehr Menschen einzutreten.

Das Ideal einer diskriminierungsfreien, geschlechtergerechten und vielfältigen Gesellschaft verfolgen wir, indem wir die Inhalte, Methoden und Produkte unserer Arbeit immer wieder auch Gender-Analysen und -Evaluationen unterziehen und sie gleichstellungsorientiert gestalten. In unseren Veranstaltungen, unseren Publikationen und unserer Kommunikation, z. B. über das Themenportal »Gender Matters« und seine Social-Media-Kanäle, machen wir auch nach außen sichtbar, dass wir für das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sowie für einen modernen, intersektionalen, solidarischen und politischen Feminismus stehen und gesellschaftliche Transformation und soziale Gerechtigkeit einfordern. Unser Leitfaden »Eine Sprache für Alle« gibt Orientierung für geschlechtersensible Kommunikation.

Diese geschlechterpolitischen Leitlinien knüpfen an das Leitbild der Friedrich-Ebert-Stiftung an; hier heißt es:

Wir engagieren uns für Geschlechtergerechtigkeit – in jedem Bereich des Lebens. Denn nur eine Demokratie, die wirkliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern schafft, ist eine Soziale Demokratie.

Die Genderleitlinien wurden erarbeitet vom Gender-Koordinierungskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung und beschlossen von der Abteilungsleiter_innen-Runde der FES am 23. September 2021.

Weitere Quellen:

Intern:

- FESnet-Community Zentrale Genderkoordinierung, <https://intranet.fes.de/workspaces/zentrale-genderkoordinierung/apps/blog/blog>
- Leitfaden geschlechtersensible Sprache »Eine Sprache für Alle« (2021)
- Gender in der internationalen Arbeit der FES: <https://intranet.fes.de/pages/finanzhandbuches-der-internationalen-arbeit/apps/wiki/instrumente/list/view/8de87e58-8a75-4765-8988-d6746b185655?currentLanguage=DE>
- Maier, Tanja, Re:framing Gender – Geschlechtergerechte politische Kommunikation verstehen und umsetzen, Berlin, 2021.

Extern:

- Deutscher Bundestag, DS 18/12640 (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.
- Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, BMFSFJ, 2021, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/665a7070dbc68f9984fe968dc05fd139/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.

¹ Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

² Pimminger, Irene, Geschlechtergerechtigkeit: ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik / Irene Pimminger. – Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2014, S. 53.

³ FES Gender Briefing »Gender und Klimawandel«, FESnet: file:///C:/Users/eliess/AppData/Local/Temp/52/Gender%20Briefing_Klimawandel.pdf

Die Nachhaltigkeitsstrategie der FES: Fair, ökologisch und machbar für alle

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt bis zum 100-jährigen Bestehen 2025 ihre Nachhaltigkeitsstrategie um. Dabei bedeutet Nachhaltigkeit für die FES mehr als Klimaschutz. Die Stiftung bekennt sich vor allem zu sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. So wird die Verbindung von Fairness, Ökologie und »Machbarkeit für alle« das Markenzeichen einer nachhaltigen FES.

Schon seit geraumer Zeit vollzieht die Stiftung wichtige Schritte in Richtung Klimaschutz, etwa durch Energiesparmaßnahmen und Solaranlagen in Bonn und Berlin. Hinzu kommen ein verstärkt nachhaltiges Beschaffungswesen und

Angebote im Bereich Mitarbeiter_innenmobilität. Seit 2022 hat die FES durch die Umsetzung von mehreren Leuchtturmprojekten Nachhaltigkeit für Partnerorganisationen und Mitarbeitende besser sichtbar gemacht. Diese Projekte setzen Standards für Nachhaltigkeit bei Bildungsveranstaltungen, im Gebäudebetrieb und bei der Fortbildung für Mitarbeiter_innen. Das Büro der FES in Südafrika zeigt, dass neben Energie- und Wassermanagement auch feministische Arbeitsstandards und Dekolonisierung zum Nachhaltigkeitsansatz der FES gehören. So entstehen ständig Impulse für die Organisationsentwicklung der FES.

Mitglieder des Vorstands

STAND: MAI 2023

Vorsitzender: Martin Schulz	Ehrevorsitzender: Kurt Beck	Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium <i>Postadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung 53170 Bonn <i>Haus- /Lieferadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149 53175 Bonn
Stellvertretende Vorsitzende: Daniela Kolbe, Reiner Hoffmann	Mitglieder des Vorstands: Prof. Dr. Peter Brandt Dr. Barbara Hendricks Christina Kampmann Barbara Ludwig Dr. Rolf Mützenich Matthias Platzeck Anke Rehlinger	
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Sabine Fandrych		

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände besetzt waren:

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes sind

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktion
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag
- ein Mitglied eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments, zugleich Mitglied einer Landesregierung

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.:
keine_r in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Mitglieder des Vereins

STAND: MAI 2023

Sanae Abdi	Yasmin Fahimi	Dr. Gerlinde Kuppe	Wilhelm Schmidt
Doris Ahnen	Dr. Sabine Fandrych	Prof. Manfred Lahnstein	Hubertus Schmoldt
Thorben Albrecht	Elke Ferner	Dr. Jürgen Linde	Carsten Schneider
Dr. Gerd Andres	Sigmar Gabriel	Barbara Ludwig	Olaf Scholz
Niels Annen	Klara Geywitz	Christoph Matschie	Gerhard Schröder
Dr. Katarina Barley	Franziska Giffey	Serpil Midyatli	Günter Schröder
Doris Barnett	Günter Gloser	Franz Müntefering	Martin Schulz
Bärbel Bas	Reinhard Grätz	Dr. Rolf Mützenich	Werner Schulz
Kurt Beck	Bettina Hagedorn	Andrea Nahles	Svenja Schulze
Uwe Karl Beckmeyer	Nina Hauer	Dietmar Nietan	Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Christine Bergmann	Dr. Volker Hauff	Aydan Özoguz	Rolf Schwanitz
Erik Bettermann	Hubertus Heil	Johannes Andreas Pflug	Manuela Schwesig
Jens Böhrnsen	Dr. Barbara Hendricks	Matthias Platzeck	Dr. Carsten Sieling
Klaus Brandner	Reiner Hoffmann	Konrad Porzner	Heide Simonis
Prof. Dr. Peter Brandt	Dr. Eva Högl	Joachim Poß	Michael Sommer
Anke Brunn	Prof. Dr. Uwe Holtz	Florian Pronold	Peer Steinbrück
Ilse Brusis	Berthold Huber	Prof. Dr.	Dr. Frank-Walter Steinmeier *
Prof. Dr. Udo Bullmann	Klaas Hübner	Christa Randzio-Plath	Dr. Wolfgang Thierse
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn	Hedda Jungfer	Anke Rehlinger	Franz Thönnies
Dr. Jürgen Burckhardt	Johannes Kahrs	Prof. Dr. René Repasi	Michael Vassiliadis
Delara Burkhardt	Christina Kampmann	Walter Riester	Ute Vogt
Hans-Martin Bury	Sabine Kaspereit	Dennis Rohde	Dr. Klaus Wedemeier
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Reinhard Klimmt	Dr. Karl-Peter	Ernst Welteke
Dr. Klaus von Dohnanyi	Hans-Ulrich Klose	Schackmann-Fallis	Frank Werneke
Heide Dörrhöfer-Tucholski	Daniela Kolbe	Axel Schäfer	Detlef Wetzels
Malu Dreyer	Walter Kolbow	Thorsten Schäfer-Gümbel	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Garrelt Duin	Carmen König-Rothemund	Rudolf Scharping	Dr. Bettina Wieß
Martin Dulig	Stefan Körzell	Harald Schartau	Klaus Wowereit
Hans Eichel	Hannelore Kraft	Günter Schlatte	Dr. Monika Wulf-Mathies
Gernot Erler	Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp	Dr. Nils Schmid	Dr. Jens Zimmermann
Petra Ernstberger	Klaus-Dieter Kühbacher	Renate Schmidt	Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Nancy Faeser	Ute Kumpf	Dr. Roland Schmidt	Prof. Dr. Christoph Zöpel
		Ulla Schmidt	

* Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MAI 2023

Vorsitzende

MP'in a. D. Hannelore Kraft

Stellv. Vorsitzende

Heike Taubert

Wolfgang Altenburg

Richard Becker

Dr. Wilhelm Bender

Klaus-Uwe Benneter

Dr. Claudia Bogedan

Carsten Brosda

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Harro Uwe Cloppenburg

Dr. Klaus von Dohnanyi

Rudolf Dreßler

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Ingeborg Friebe

Prof. Dr. h.c. Cornelia
Füllkrug-Weitzel

Martin Gerster

Iris Gleicke

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dr. Peter Heinemann

Dr. Christine
Hohmann-Dennhardt

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Jürgen Kocka

Ursula Kraus

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Siegmar Mosdorf

Michelle Müntefering

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Dr. Edith Niehuis

Aydan Özoguz

Prof. Dr. Winfried Polte

Dr. Simone Raatz

Dr. h.c. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Dr. Nikolaus Schneider

Wolfgang Schneiderhan

Karin Schubert

Dr. Manja Schüle

Rolf Schwanitz

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Ludwig Stiegler

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Gerd Walter

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung

STAND: MAI 2023

Vorsitzende

Prof. Dr. Dorothee de Nève

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Birgitt Riegraf

Prof. Dr. Michael Schmidt

Leiterin der Abteilung Studienförderung

Pia Bungarten

Stipendiatischer Sitz

Dr. Eric Mülling

Dr. Marita Unden

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Prof. Dr. Christian Bernzen

Prof. Dr. Ulrike Bick

Christine Biehler

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Dorothee de Nève

Prof. Dr. Frank Decker

Dr. Karamba Diaby

Staatssekretärin

Dr. Antje Draheim

Prof. Henning Eichinger

Assist. Prof. Dr.

Yassir El Jamouhi

Dr. Stefanie Elies

Dr. Sonja Emmerling

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr.

Roland C.E. Francis

Dr. Florian Freund

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr.

Brigitte Georgi-Findlay

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Dr. Norbert Grulke

Prof. Dr. Uwe Volker Haneke

Prof. Dr. Peter Hantel

Prof. h.c. Dr. Dr. Dr.

Ernest W. B. Hess-Lüttich

Silke Hillesheim

Prof. Dr.

Gunther Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Felix Hörisch

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Deborah Kämper

Dr. Thomas Keidel

Prof. Dr. Hannes Kopf

Prof. Dr. Christopher Kopper

Dr. Anja Kruke

Evelin Manteuffel

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Dr. Dietmar Molthagen

Prof. Dr. iur.

Andreas Mücklich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Dr. Eric Mülling

Prof. Dr. Daniela Münkler

Dr. Thomas Mütze

Prof. Dr. Rachid Ouassa

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr.

Walter Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Birgitt Riegraf

Prof. Dr. Heike Roll

Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Dr. Florian Schacht

Dr. Marina Scharlj

Prof. Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Prof. Dr. Werner Schöning

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Jasmin Siri

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Marion Tacke

Dr. Marita Unden

Elisabeth Vogelheim

Dr. Christian

von Haldenwang

Prof. Dr. Andrea Walter

Prof. Dr. Rainer Walz

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. med.

Mathias Witzens-Harig

Dr. Meik Woyke

Prof. Dr. Maren Ziese

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung

STAND: MAI 2023

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

RWTH

Dr. Jan-Christoph Heilinger

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Universität

Prof. Dr. Natascha Sojc

Prof. Dr. Dietmar Süß

BAD HONNEF

IU Internationale Hochschule

Prof. Dr. Jens Rieger

BAMBERG

Universität

Jun.-Prof. Dr. Thomas Laux

Prof. Dr. Frank Westerhoff

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

BERGISCH-GLADBACH

Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

BERLIN

Ralf Beste

Staatssekretär Dr. Rolf Bössinger

Markus Bräuer

Jan Niklas Engels

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Gießmann

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Dr. Eric Mülling

Dr. Timo Noetzel

Claus Radziwill

Bettina Schattat

Prof. Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Dr. Paul M. Starzmann

Prof. Dr. Peter Steinbach

Ministerialdirektor Dr. Jan Stöß

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Sören Wiesenfeldt

Maren Wintersberg

Beuth Hochschule für Technik Berlin

Lars Jeschio

Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. Volker Köllner

Freie Universität

Prof. Dr. Sabine Achour

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Dr. Damir Softic

Prof. Dr. C. Katharina Spiess

Hertie School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Susan Kamel

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Prof. Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus

Prof. Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Martin Heger

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Kunsthochschule Berlin-Weißensee

Prof. Dr. Lydia Haustein

Technische Universität

Prof. Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Oliver Schwedes

BIBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Johannes Voit

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Dr. Tuan Anh Tran-Wigger

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Dr. Alexander Kochinka

Prof. Dr. Klaus Kost

Dr. Hendrik Milting

Prof. Dr. Karsten Rudolph

Prof. Dr. Adina Carmen Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

Prof. Dr. Gereon Wolters

BONN

Dr. Annika Arnold

Dr. Alexander Behrens

Aydogan Martin Makasci

Andrea Nahles

Dr. Manfred Öhm
Ministerialdirigentin
Dr. Tania Rödiger-Vorwerk
Dr. Andreas Stamm
Dr. Alexandra von dem Knesebeck

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Universität

Prof. Dr. Ursula Bitzegeio
Prof. Dr. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Mathilde Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Technische Hochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Dr. Janna Wolff

Hochschule Bremen

Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Ernst Mönnich

Universität

Prof. Dr. Jutta Günther
Prof. Dr. Sebastian Haunss
Prof. Dr. Sigrid Kannengießner
Dr. Gabriele Richter
Prof. Dr. Ursula Rust
Dr. Cordula Weißköppel
Prof. Dr. Arndt Wonka

BRÜHL

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Christian Krell

BÜNDE

Dr. Andrea Behrenswerth
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

BURGHAUSEN

Dr. Laura-Alice Jantke

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke
Markus Möller

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Prof. Dr. Ludwig Bilz
Prof. Dr. Jacob Spallek

DARMSTADT

Technische Universität

Prof. Dr. Petra Gehring

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DETMOLD

Dr. Stefan Klose

DRESDEN

Evangelische Fachhochschule

Prof. Dr. Anja Katharina Peters

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Ralph Sonntag

Technische Universität

Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Prof. Dr. Mike Schmeitzner
Prof. Dr. Klavdia Smola

DUISBURG

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel

DÜSSELDORF

Universität

Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Barbara Lochner
Prof. Dr. Klaus Merfort

Universität

Prof. Dr. Heike Grimm
Dr. Jochen Voit

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSEN

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Peter Ulrich Hein

ESSLINGEN

Regina Rapp

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Gabriele Gühring
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FRANKFURT / MAIN

Dr. André Kavai
Dr. Stefan Marx
Petra Rossbrey

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Michaela Köttig

Universität

Prof. Dr. Alexander Ebner
Jun.-Prof. Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT / ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBERG

Technische Universität Bergakademie

Dr. Martin Rudolph

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Lena Henningsen
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FRIEDRICHSHAFEN

Zeppelin Universität

Prof. Dr. Simon Koschut
Prof. Dr. Manuela Spindler

FULDA

Hochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf
Prof. Dr. Martina Ritter

GELSENKIRCHEN

Jörg Fleck

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas M. Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier

GERA-EISENACH

Duale Hochschule

Prof. Dr. Thilo Fehmel

GIESSEN

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Peter Brändle
Prof. Dr. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Andrea Gawrich
Dr. Sascha Krannich
Dr. Alexandra Kurth

Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee

GÖTTINGEN

Universität

Dr. Astrid Biele Mefebue
Prof. Dr. Andrea Dorothea Bührmann
Prof. Dr. Peter Burschel
Dr. Alexander Engel
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE / SAALE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Till Kössler
Prof. Dr. Thomas Thurn-Albrecht
Prof. Dr. Daniel Ulber
Dr. Andreas Weber

HAMBURG

Tobias Gros
Nils Haupt
Dr. Arnim Karthaus
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönna

Fachhochschule für Ökonomie und Management (FoM)

Prof. Dr. Marco Zimmer

**Hochschule für angewandte
Wissenschaften**

Dr. Tilman Lutz
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
Prof. Dr. John-Philipp Siegel
Prof. Dr. Gerhard Suess

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

MSH Medical School Hamburg

Dr. Verena Klein

**Technische Universität
Hamburg-Harburg**

Prof. Dr. Klaus Michael Reininger

Universität

Prof. Dr. Doerte Bischoff
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Gertraud Koch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Ursula Schröder

HAMM**Hochschule Hamm-Lippstadt**

Prof. Dr. Constanze Beierlein

HANNOVER

Christoph Pohlmann

Hochschule

Prof. Dr. Frank Austermann
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Fachhochschule Westküste in Heide

Prof. Dr. Thomas Haack

HEIDELBERG**Universität**

Prof. Dr. med. Gerhard Gründer
Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM**Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

IBBENBÜHREN

Dr. Andrea Behrenswerth

ILMENAU**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN**Fachhochschule Südwestfalen**

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA

Dr. Stefan Mitzinger

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Kim Siebenhüner

JESTEBURG

Dr. Marcel du Moulin

KAISERSLAUTERN**Technische Universität**

Prof. Dr. Inken Heldt
Prof. Dr. Marcus Höreth
Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Bernd Streich

KARLSRUHE

Dr. Yvonne Ott

**Hochschule Karlsruhe
Technik + Wirtschaft**

Prof. Dr. Hagen Krämer

**Karlsruher Institut
für Technologie KIT**

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Prof. Dr. Dr. Ulrich Walter
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

KASSEL**Universität**

Prof. Dr. Minou Isabell Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

KEHL**Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Christine Schmehl

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weißel

Universität

Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Wilhelm Knelangen

KLEVE

Hochschule Rhein-Waal

Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU

Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Frank Francesco Birk
Dr. Christiane Kling-Mathey
Niklas Knust
Brigitta Mühlenbeck
Dr. Matthias von Hellfeld
Birgit Wentzien

Deutsche Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. Fabian Klose
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert

KONSTANZ

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianca Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Laura Rischbieter
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LAHNSTEIN

Prof. Dr. Marcel Will

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LANDSHUT

Hochschule

Prof. Dr. Matthias Laub

LEIPZIG

Prof. Dr. Lars Garlepp
Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Jens A. Katzek
Holger Mann
Dr. Maximilian Rinck

Hochschule für Musik

KS Prof. Dr. Roland Schubert

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Manuel Bärwald

Universität

Prof. Dr. Oliver Czulo
Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Nina Kolleck
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz
Prof. Dr. Sebastian Stehr

LUDWIGSBURG

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Marco Althaus
Prof. Dr. Rafael Bauschke
Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

LUDWIGSHAFEN

Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft

Prof. Dr. Karin A. Kersting

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Ullrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

MAGDEBURG

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Matthias Morfeld
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer

MAINZ

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thomas Guido Maria Blank
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding

MANNHEIM

Prof. Dr. Steffen Rittig

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Universität

Prof. Dr. Ursula Birsl
Dr. Alisa Susann Cosan
Prof. Dr. Volker Mergenthaler

Dr. Karin Marita Naase
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MITTWEIDA

Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

MÖNCHENGLADBACH

Fachhochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Jolanda Koller-Tejeiro Vidal
Dr. Anna Leuchtweis
Michael-Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Katja Stoppenbrink

Katholische Stiftungshochschule

Prof. Dr. Birgit Dörner
Prof. Dr. Constanze Giese

Technische Universität

Prof. Dr. Björn Garbrecht
Prof. Dr. Stefan Wurster

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Markus Paulus
Prof. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger

Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich
Prof. Dr. Stephan Stetter

MÜNSTER

Dr. Sascha Buchholz

Universität

Prof. Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Christoph Weischer

NECKARSTEINACH

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

NEURUPPIN

Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane

Prof. Dr. Joachim Behr

NÜRNBERG

Evangelische Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas Scheulen

NÜRTINGEN-GEISLINGEN

Hochschule für Wirtschaft und Technik

Prof. Dr. Marc Ringel

OLDENBURG

Universität

Prof. Dr. Stefan Appelius
Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Prof. Dr. Tonio Oeftering
Prof. Dr. Rahel Puffert
Prof. Dr. Mandy Roheger

ORANIENBURG

Dr. Fabio Longo

OSNABRÜCK

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

PASSAU

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM

Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG

Duale Hochschule BW

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG

Universität

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

REUTLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Prof. Dr. Rudolf W. Kessler

ROSTOCK

Hochschule für Musik und Theater

Prof. Marion Küster

Universität

Prof. Dr. Malte Brasholz
Prof. Dr. Ralf Ludwig
Dr. Ludmila Lutz-Auras
Prof. Dr. Dana-Sophia Valentiner

SAAL

Dr. Clemens Prokop

SAARBRÜCKEN

Hochschule für Musik

Prof. Dr. Matthias Handschick

Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Nikolaus Marsch
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Roland Rixecker
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SALZGITTER

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack

SCHWERIN

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Prof. Dr. Michaela Schulze

SIEGEN

Universität

Prof. Dr. Heiko Ihmels

SPEYER

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Gisela Färber

STADE

Prof. Dr. Benno Stinner

STRALSUND

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen Dräger

STUTTGART

Universität

Prof. Dr. Ulli Arnold
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
Prof. Dr. Till Zimmermann

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Jan Christian Fischer
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier
Prof. Dr. Hildegard Theobald

WALD-MICHELBACH

Bürgermeister Dr. Sascha Weber

WEIMAR

Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

WEINGARTEN

Hochschule Ravensburg-Weingarten

Prof. Dr. Marius Hofmeister

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WIESBADEN

EBS Hochschule für Recht und Wirtschaft

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Matthias Harter
Prof. Dr. Jiri Sobota

WISMAR

Hochschule Wismar: University of Applied Sciences

Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer

WÜRZBURG

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt
Prof. Eberhard Grötsch

Universität

Prof. Dr. Gisela
Müller-Brandeck-Bocquet

Ausland

BELGIEN

Prof. Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Prof. Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Dr. Christian Krekel
Prof. Dr. Daniel Siemens
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Philipp Genschel

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf-Winrich Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Prof. Dr. René Repasi
Dr. Christoph Strauch
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Prof. Dr. Bernd Gössling
Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Dr. Reinhard Joachim Krumm
Prof. Dr. Felix Christian Pinkert

SCHWEIZ

Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Patrick Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc
Dr. Michael Bröning

Anschriften

STAND: MAI 2023

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 0

presse@fes.de

info@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935 6

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 9225

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE / BIBLIOTHEK IM ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883 9046

archiv.bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/archiv-der-

sozialen-demokratie

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068 0

Karl-Marx-Haus@fes.de

www.fes.de/museum-karl-marx-haus

Regional- und Landesbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 2483 943

info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/fritz-erler-forum

BAYERN

Büro München

Herzog-Wilhelm-Straße 1

80331 München

Telefon 089 515552 40

bayern@fes.de

www.fes.de/fes-in-bayern

Büro Regensburg

Lilienthalstraße 8

93049 Regensburg

Telefon 0941 788 354 0

bayern@fes.de

www.fes.de/fes-in-bayern

BERLIN

Landesbüro Berlin

Kurfürstenstraße 84

10787 Berlin

Telefon 030 26935 7363

landesbueroberlin@fes.de

www.fes.de/landesbuero-berlin

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 29 25 55
potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein
Schauenburgerstraße 49
20095 Hamburg
Telefon 040 32 58 740
hamburg@fes.de
www.fes.de/julius-leber-forum

HESSEN

Landesbüro Hessen
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415 0
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8 (Haus der Kultur)
19053 Schwerin
Telefon 0385 51 25 96
schwerin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
mecklenburg-vorpommern

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708 30
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883 7202
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)
Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375 63
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro Mainz
Büro für Rheinland-Pfalz und
das Saarland
Große Bleiche 18 – 20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067 0
mainz@fes.de
www.fes.de/regionalbuero-
rheinland-pfalz-saarland

SACHSEN

Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960 2160
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Büro Dresden

Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468 03
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876 0
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
sachsen-anhalt

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980 20
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/landesbuero-thueringen

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland

E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung: Stabsstelle Kommunikation
Textredaktion: Adrienne Woltersdorf, Julia Schultz
Bildredaktion: Jana Weber
Pressestelle: Johannes Damian

Textredaktion und Korrektorat

Ulrike Schnellbach
www.schreib-gut.de

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Klimaneutral gedruckt
von der Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Papier

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Printed in Germany 2022

ISSN (Print) 0940-0702
ISSN (Online) 2748-0518

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wählt ihre Druckdienstleister sorgfältig aus und berücksichtigt dabei sowohl Nachhaltigkeits- als auch Sozialstandards.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Bildnachweise

Bollhorst, Mark: S. 14 , 24
Beck, Moritz: S. 16
Feyaert, Babara: S. 23
Müller, Gerhard P.: S. 20, 26
[picture alliance/ZUMAPRESS.com](http://picture.alliance/ZUMAPRESS.com) | Sabelle Babbar: S. 12
Schicke, Jens: S. 17, 22
Strehlau, Maren: S. 13, 19
UN Women Deutschland/Strehlau, Maren: S. 15
Uppenkamp, Saskia: S. 11
Zeitz, Stefan: S. 21
Zensen, Reiner: S. 49

Bildnachweis Collage »2022 in Bildern« (Seite 8/9)

Bollhorst, Mark
Börner, Konstantin
Dávila, Jandira
Holic Leisure Media Services
Nguyen Thi Minh Phuong
Pandey, Binod
Pham Thi Bich Nga
Schmid, Laurin
UN Women Deutschland / Strehlau, Maren
Uppenkamp, Saskia
Zeitz, Stefan

Geschichte

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geist, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin

2001

Die OnlineAkademie der FES geht ins Netz, u. a. mit den Themen Globalisierung, Rechts-extremismus, Geschichte, Soziale Demokratie.

2008

Erste E-Learning-Kurse zur Kommunalpolitik werden mit dem Label »kommcheckers« angeboten.

2019

e-Bert, der erste KI-gesteuerte Chatbot der FES, tritt seinen Dienst in der politischen Bildung an. Spielerisch vermittelt er Kompetenzen in der kritischen Auseinandersetzung mit europafeindlichen Parolen oder Klimamythen.

2022

Unter dem Motto »FES 100« vollendet die Stiftung ihren mehrjährigen großangelegten Umstrukturierungsprozess, der sie zukunftsfähig aufstellt.

2025

Die FES feiert 100. Geburtstag

